

#1 – 2017

Menschen

Inklusiv leben



Stadtluft

Vielfältig, vernetzt und lebenswert für alle. So soll sie sein, die Stadt der Zukunft. Kriegen wir das hin?

Aktion
MENSCH



Mach deine Stadt zur Stadt für alle.

Einfach loslegen: Veränderungen für ein besseres
Miteinander beginnen vor Ort. Bring deine Ideen
mit ein, denn **#wirgestaltenhier**

DAS WIR GEWINNT

**Aktion
MENSCH**

➔ Mehr unter www.aktion-mensch.de/wir-gestalten-hier

Für Sie
zweimal im Jahr
kostenlos frei
Haus!

Seit 2003 gibt die Aktion Mensch das Magazin „Menschen“ heraus. Wir werben damit für das Thema Inklusion und für eine Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung ganz selbstverständlich zusammenleben. Mit dieser Ausgabe haben wir unserem Magazin ein frisches Aussehen und ein neues Konzept gegeben. Unter dem Motto „Inklusiv leben“ stellen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ab sofort zweimal jährlich monothematisch gebündeltes Fachwissen zur Verfügung. Wir möchten damit engagierten Personen, die beruflich, ehrenamtlich oder privat mit dem Thema Vielfalt in der Gesellschaft zu tun haben, Anregungen und Hintergründe für die Arbeit an die Hand geben – gewohnt informativ und unterhaltsam.

Diese Ausgabe nimmt das inklusive Stadtleben in den Blick. Wie gelingt mehr Miteinander und mehr Begegnung vor Ort? Wie stellen wir Kontakt und Austausch her zwischen Bevölkerungsgruppen, die heute teilweise in Parallelwelten leben? Wie müssen wir unsere Städte gestalten, damit sie wirklich allen gerecht werden? Welche Impulse können wir in unserem persönlichen Wohnumfeld setzen, um aus einer anonymen Nachbarschaft eine vernetzte Gemeinschaft entstehen zu lassen? Wir hoffen, mit diesem Magazin zu mehr frischer, inklusiver „Stadtluft“ beitragen zu können. Ergänzend werden wir in der nächsten Ausgabe den ländlichen Raum in den Blick nehmen.

Online finden Sie die Beiträge auch in Einfacher Sprache und als Hörausgabe. Unter www.aktion-mensch.de/magazin können Sie das gesamte Heft außerdem in digitaler Form als E-Paper herunterladen, um es bequem unterwegs oder mit einem Screenreader zu lesen. Ein regelmäßiger Blick auf die Website lohnt sich. Wir veröffentlichen hier wöchentlich zusätzliche Porträts, Reportagen oder auch Filmbeiträge, die die gedruckte Ausgabe ergänzen.

Und nun: viel Vergnügen beim Lesen!

Christina Marx
Chefredakteurin

Wie gefällt Ihnen das Magazin? Haben Sie Fragen oder Anregungen? Wir freuen uns auf Ihre Meinung! Schreiben Sie uns:
magazin@aktion-mensch.de

Bar Mendizabal



SUCS i batuts naturals

taronja 2'00€
del dia 2'00€
1 fruita 3'50€
2 fruites 3'50€
3 fruites 3'50€

ESMORZARS

croissants 1'00€ 1'00€
torrades amb melmelada 1'00€
amb tomàquet 1'00€

PER PICAR

oliver 1'00€
P.XIRS 1'00€

Inhalt

- 6 Fakten**
Wie barrierefrei ist Deutschland, und wo wachsen Städte weltweit am stärksten?
- 8 Städte im Aufbruch**
Die New Urban Agenda der Vereinten Nationen
- 20 Access City Award**
Warum Chester und Wiesbaden den Preis bekamen
- 22 Stadtluft macht frei**
Vier Ideen, die die Gesellschaft verändern sollen
- 30 Tüchtig für den ersten Arbeitsmarkt**
Neue Chancen durch neue Konzepte
- 34 Arm, aber inklusiv**
Förderprogramme unterstützen klamme Gemeinden
- 38 Auf dem Weg**
Fünf Jahre, fünf Gemeinden: Mit der Initiative Kommune Inklusiv bringt die Aktion Mensch Inklusion voran
- 58 Hallo, Nachbar!**
Menschen vernetzen sich, um ihre Stadt zu gestalten
- 62 Raus in die Metropole**
Aus dem Schwarzwald in ein Lebenshilfe-Projekt in Köln
- 66 Bürger machen Stadt**
Bürgerbeteiligung ist anstrengend – und bringt viel
- 72 Die Kümmerer**
Drei Quartiermanager und ihre Arbeit
- 78 Essay**
Rebecca Maskos über Wohnungspolitik
- 82 Besser gemeinschaftlich wohnen**
Wer sich mit anderen die Miete teilt, lebt möglicherweise glücklicher
- 86 Jugendarbeit heute**
Dr. Christian Lüders zu den Herausforderungen für Jugendarbeit in der Stadt
- 90 Aus der Zukunft lernen**
Visionen des Stadtlebens in Science-Fiction-Medien
-
- 18 Stadtbild**
Tanja Geiss
- 56 Stadtbild**
Stephen Wiltshire
- 84 Stadtbild**
Torsten Holzapfel
- 94 Mehr wissen**
Weitere Informationen zu den Beiträgen im Heft
- 97 Impressum**
- 98 Ausblick**
In der nächsten Ausgabe geht es um Landleben

Menschen online

Noch mehr Geschichten und barrierefreie Serviceangebote online unter

www.aktion-mensch.de/magazin



www.youtube.com/user/AktionMensch



www.facebook.com/aktion.mensch



www.twitter.com/aktion_mensch

Deutschland

Barriere- barometer 2017

2017 befragte die Aktion Mensch über 3.000 Personen zwischen 18 und 65 Jahren in ganz Deutschland (repräsentativ quotiert nach Alter, Geschlecht und Anteil von Menschen mit Behinderung), für wie barrierefrei sie ihre Stadt halten. Im direkten Vergleich unter den fünf größten Metropolen schnitt München dabei am besten ab, gefolgt von Frankfurt am Main, Berlin und Hamburg. Die schlechtesten Noten gaben die Kölner ihrer Stadt. Einige weitere interessante Ergebnisse:

64 %

der Befragten haben regelmäßig Kontakt mit Menschen mit Behinderung. Als sichtbarer Teil des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt werden Menschen mit Behinderung aber nur von 44 Prozent der Bevölkerung wahrgenommen.

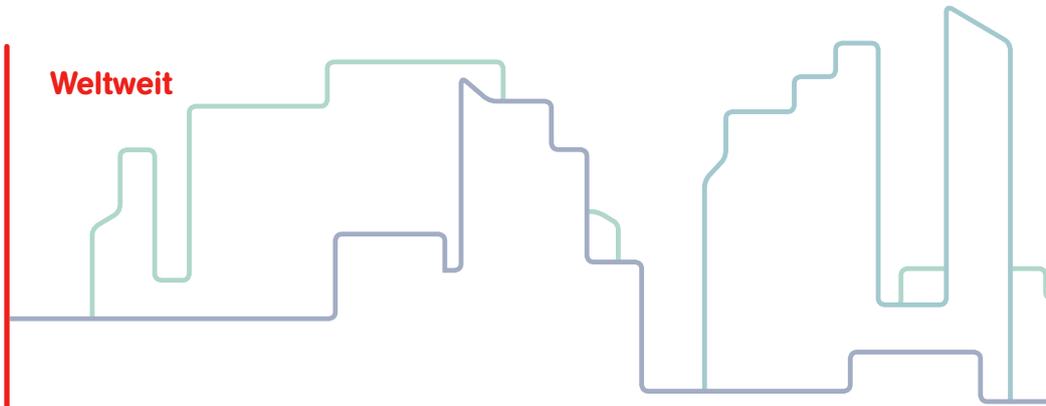
44 %

der Deutschen sehen in ihrer Heimatstadt Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderung problematisch sind. In Berlin waren es sogar 53 Prozent der Befragten.

82 %

der Deutschen sehen den größten Handlungsbedarf darin, Gebäude und öffentliche Plätze barrierefrei zugänglich zu machen.

Weltweit

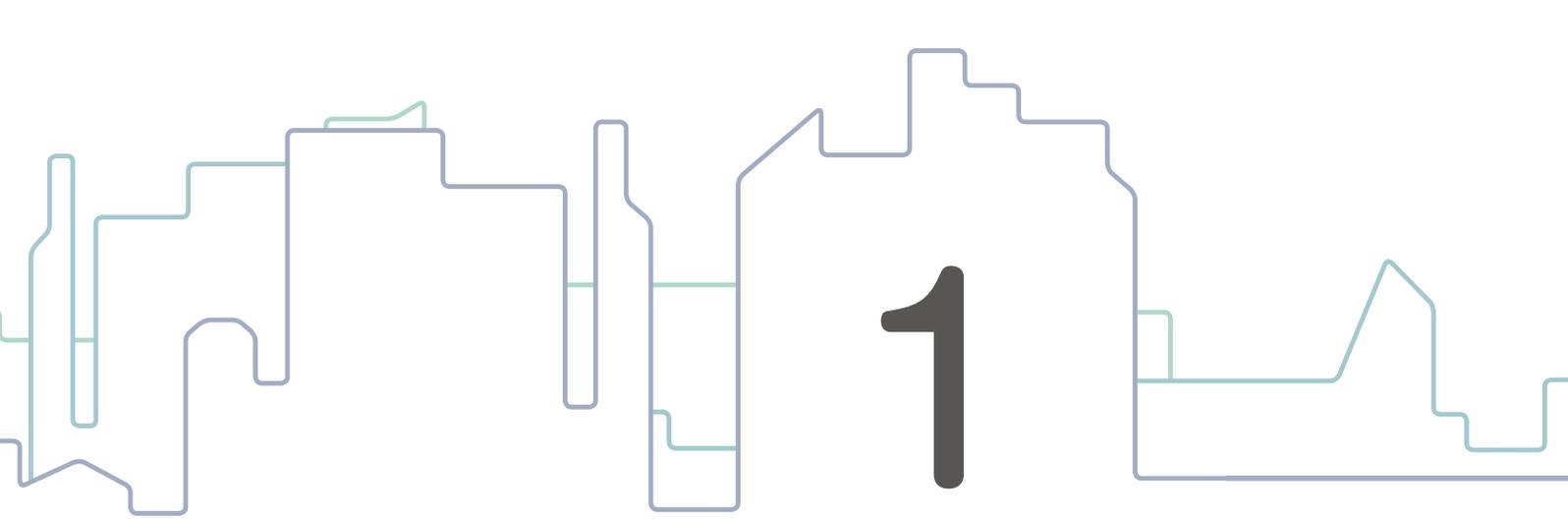


Fakt

35 %

der urbanen
Bevölkerung
leben in Slums

Quellen: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Anteil der Stadtbevölkerung je Kontinent, Zunahme der Zahl der Megacities, Städtewachstum in Entwicklungsländern); World Urbanization Prospect (Anteil der Bewohner von Megacities); UN-Foundation-Blog (Anteil der Slumbevölkerung)



en

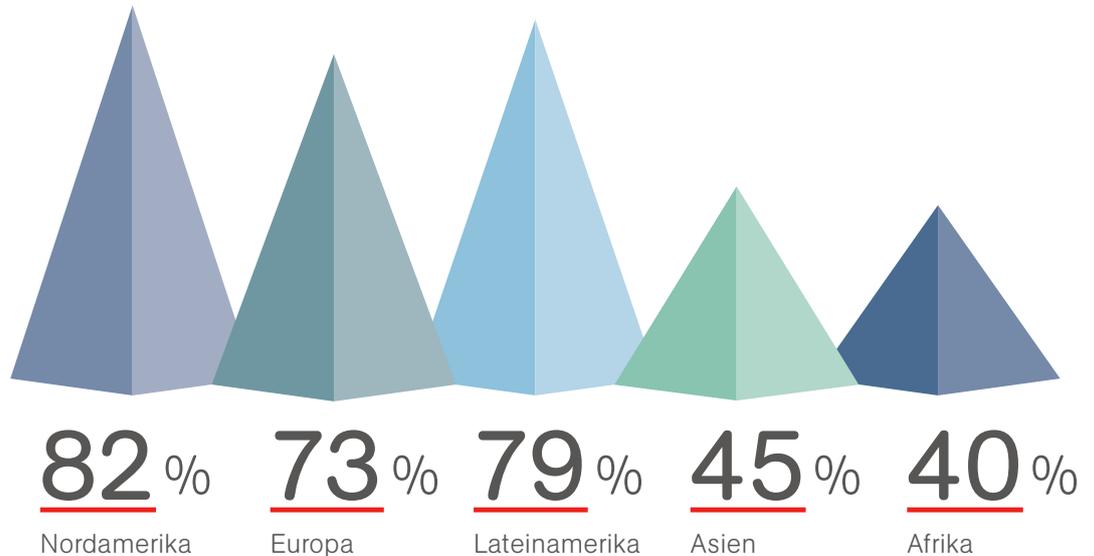
von 8

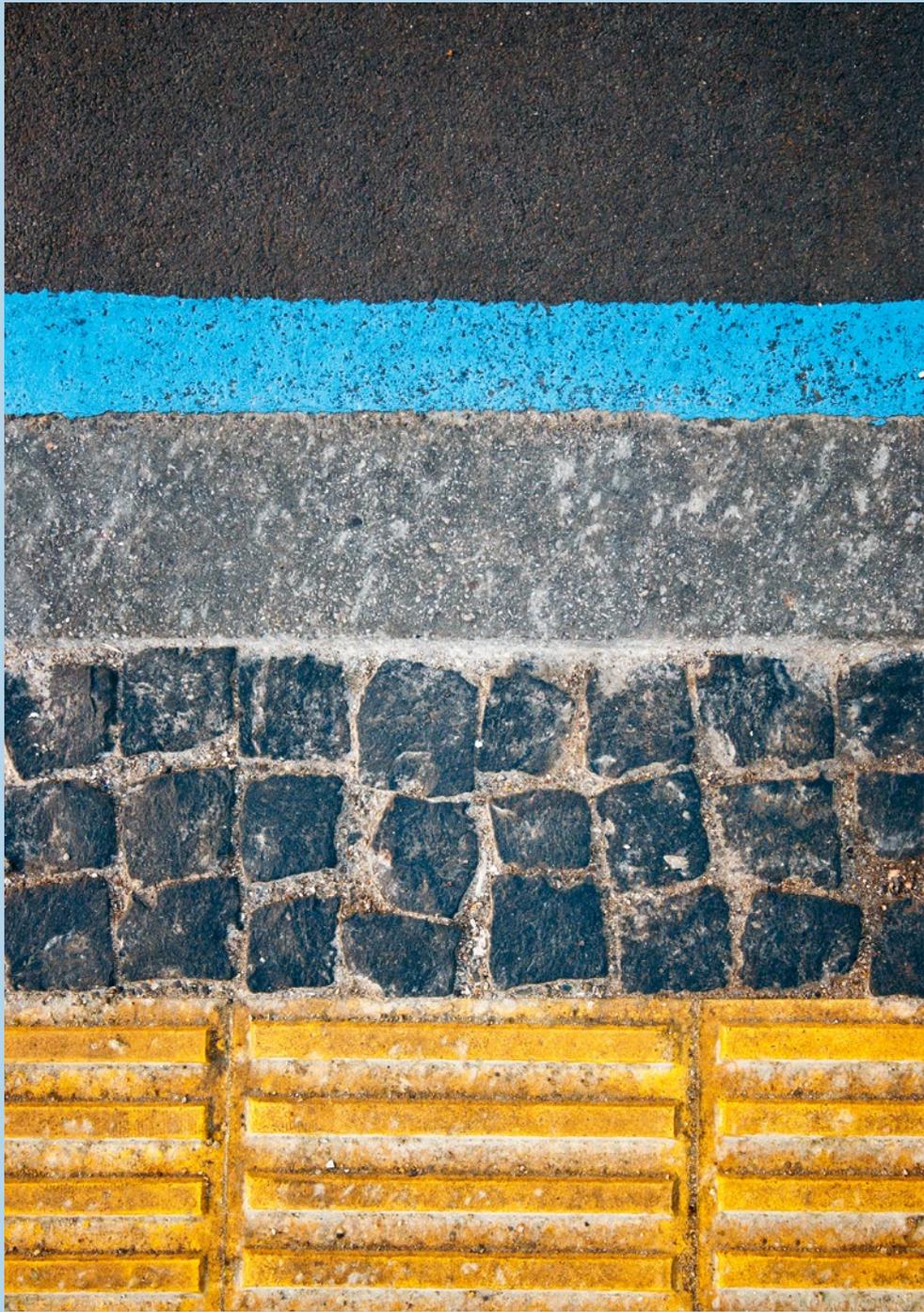
Menschen lebt
in einer Megacity
mit mehr als 10 Mio. Einwohnern

2030 wird es
voraussichtlich
41 Megacities
geben. 2014
waren es 28

90% des Städte-
wachstums bis
2050 wird in
Entwicklungs- und
Schwellenländern
stattfinden

Anteil der
Stadtbewohner
an der
Gesamt-
bevölkerung
pro Kontinent:





Städte im Aufbruch

Text Stefanie Wulff



Grünraum

Mexiko-Stadt ist dicht besiedelt. Industriebauten, Wohngebäude, Straßen lassen wenig Platz für Grünanlagen. Nun werden Brachflächen zunehmend als – auch barrierefreie – Freizeitbereiche gestaltet. Selbst wenn Reifen- und Motorengeräusche die meiste Zeit des Tages das Rauschen des Winds in Bäumen und Sträuchern übertönen: Grün ist Erholung.

Wie können sich Städte **nachhaltig und inklusiv entwickeln**, statt nur notdürftig Symptome zu bekämpfen?

Am 18. Oktober 2016 versammelten sich am Rand der Siedlungskonferenz der Vereinten Nationen (UN), Habitat III, in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito rund 300 Menschen in einem Park. Darunter waren Stadtplaner, Architekten und Diplomaten aus aller Welt, Rollstuhlfahrer, Kinder mit geistiger Behinderung und Behindertenrechtsaktivisten. Sie hielten farbige Regenschirme über ihre Köpfe und bildeten Menschenketten, die aus der Luft betrachtet das Wort „Inclusion“ formten. Mit der bunten Kunstaktion wollte das globale Netzwerk Global Network on Disability Inclusive and Accessible Urban Development (DIAUD) darauf hinweisen, dass es mit der Abschlusserklärung der UN-Konferenz, der New Urban Agenda, erstmalig gelungen ist, das Thema Inklusion in einer internationalen Vereinbarung zur Stadtentwicklung zu verankern. Städte, so die Botschaft der Agenda, sollen künftig zugänglich und inklusiv für alle sein – für Menschen mit Behinderung ebenso wie für ältere Bürger, für Kinder und für Menschen, die in Armut leben.

Die Städte stehen weltweit vor großen Herausforderungen – allein deshalb, weil sie sehr stark wachsen. „Die Menschheit zieht um“, so beschreibt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen die ge-

genwärtige Situation. Starben die meisten Menschen im 19. Jahrhundert noch im selben Ort, in dem sie geboren wurden, so wechseln sie heute – oft mehrmals im Leben – den Wohnort. Angetrieben vom Streben nach Glück, aus wirtschaftlichen Gründen oder auf der Flucht vor Gewalt, Not und Chancenlosigkeit verlassen immer mehr Menschen rund um den Globus ihre Heimatorte. Vor allem zieht es sie in die Städte. Schon jetzt lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, 2050 könnten es nach Schätzungen der Vereinten Nationen zwei Drittel der Menschheit sein. Damit steigt auch der Anteil der Städtebewohner mit Behinderung.

Wie sollen die Städte mit der rasant wachsenden Bevölkerungszahl umgehen? Wie ausreichend angemessenen Wohnraum schaffen? Wie mit Verkehrschaos, Umweltproblemen und dem Thema Barrierefreiheit umgehen? Wie können sich Städte nachhaltig und inklusiv entwickeln? In der internationalen Politik lautet die Antwort: nachhaltige Urbanisierung. 2015 hat sich die Staatengemeinschaft mit der Agenda 2030 und den Sustainable Development Goals (SDGs) hehre Ziele gesetzt (siehe Kasten auf Seite 12). Ausdrücklich werden im elften von insgesamt 17 Zielen die Städte angesprochen. Sie sollen in den nächsten 15 Jahren inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig werden. Mit einigem Pathos fasste es der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki Moon so zusammen: „Städte sind die Orte, an denen der Kampf für nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.“

Das Recht auf Stadt

Konkretisiert wurde das Städteziel SDG 11 auf eben dieser Siedlungskonferenz Habitat III in Quito. Bei dem Megaereignis mit mehr als 40.000 Politikern, Stadtplanern, Vertretern von UN und Nichtregierungsorganisationen sowie erstmals auch Bürgermeistern aus aller Welt, wurde die >

Arme und reiche Länder in der Pflicht

2015 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs), beschlossen. Diese auch als Agenda 2030 oder Weltzukunftsvertrag bezeichneten Ziele verpflichten die Staatengemeinschaft, in den nächsten 15 Jahren eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Unter anderem sollen Hunger und extreme Armut bis 2030 vollständig überwunden werden. Die SDGs nehmen reiche wie arme Länder in die Pflicht und betonen neben sozialen auch ökologische und ökonomische Aspekte. Damit drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen.

Das elfte Entwicklungsziel (SDG 11) fordert dazu auf, Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten. Konkret bedeutet das: In den Städten weltweit sollen Menschen unter anderem sicher leben können und Zugang zu angemessenem Wohnraum bekommen. Neben anderen Aspekten, wie der Senkung der Umweltbelastung und besserem Katastrophenschutz, schreiben die Vereinten Nationen im SDG 11 ausdrücklich auch das Thema Inklusion als wichtige Vorgabe für die Entwicklung der Städte in den kommenden Jahrzehnten fest. So soll etwa der Zugang zu Nahverkehrssystemen „mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen“ verbessert werden. Die Verstädterung soll „inklusiver und nachhaltiger gestaltet“ werden, unter anderem durch eine „partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung“. Bis 2030 sollen beispielsweise „inklusive und zugängliche öffentliche Räume und Grünflächen“ realisiert sein, und bis 2020 soll sich die Zahl der Städte und Siedlungen, die „integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion“ beschließen und umsetzen, „wesentlich erhöhen“.

Um Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs zu messen, sind alle Länder aufgefordert, regelmäßig über ihre Anstrengungen und Fortschritte zu berichten – sowohl national an die jeweiligen Regierungen als auch an die Vereinten Nationen.

➤ New Urban Agenda beschlossen. Sie betont das „Recht auf Stadt“ für alle Menschen und zeigt Wege auf, wie Städte und Siedlungen nachhaltig geplant, finanziert, entwickelt und regiert werden können.

Der beharrliche und ausdauernde Einsatz der Aktivisten und Vereinigungen aus der Behindertenbewegung bei der Konferenz zahlte sich aus: Die New Urban Agenda bezieht ausdrücklich an mehreren Stellen Menschen mit Behinderung ein. In insgesamt 15 Paragraphen werden Menschen mit Behinderung erwähnt. Außerdem beinhaltet die Agenda einen eigenen Paragraphen, in dem gefordert wird, dass alle Aspekte der New Urban Agenda die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigen sollen.

„Ein enormer Erfolg“, urteilt Victor Pineda, US-amerikanischer Aktivist und einer der Initiatoren des Netzwerks DIAUD, nach der Konferenz. Die New Urban Agenda unterstütze den Gedanken der Vielfalt. „Außerdem zeigt sie lokalen Regierungen viele Wege auf, wie sie die Rechte von Menschen mit Behinderung berücksichtigen sollten“, so Pineda in seinem Blog. Mit der Unterzeichnung des Abschlussdokuments der Habitat-III-Konferenz stehen die Staaten nun in der Pflicht, „geeignete Maßnahmen“ zu ergreifen, um unter anderem Barrierefreiheit in öffentlichen Räumen, bei öffentlichen Verkehrssystemen, im Gesundheitswesen und in Bezug auf Informationen und Technologie zu gewährleisten.

Noch sieht die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderung in den Städten – und auch außerhalb – allerdings anders aus. 80 Prozent der rund eine Milliarde behinderter Menschen weltweit leben in Entwicklungsländern. Das ist kein Zufall, denn Armut und Behinderung hängen oft unmittelbar zusammen. So verursachen etwa Ernährungsmängel, falsche oder fehlende Behandlung und Umweltbelastungen





Wegenetz

Rollstuhlfreundlich sind die Wege in Gardens by the Bay, einem rund 100 Hektar großen Parkgelände im Zentrum Singapurs, das auf künstlich aufgeschüttetem Land angelegt wurde. Das gilt auch für den Rundweg, der in 22 Metern Höhe um die Supertree Towers führt. Abends werden die Kunstbäume spektakulär beleuchtet.



Wasserversorgung

An sauberem Wasser und sanitären Anlagen mangelt es nicht nur in den Favelas von Rio de Janeiro, Brasilien, sondern auch in vielen Entwicklungsländern. Umweltbelastungen, Mangelernährung und schlechte medizinische Versorgung sind mögliche Ursachen von Behinderungen. 80 Prozent der Menschen mit Behinderung leben in Entwicklungsländern.

➤ Behinderungen. In armen Ländern sind Barrieren, um am Bildungssystem und Arbeitsleben teilnehmen zu können, für Menschen mit Behinderung besonders hoch. Auch in Industrieländern wie Deutschland ist die Situation nicht rosig: Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Schwerbehinderung ist mit 13,4 Prozent hier fast doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Behinderung. Eine Behinderung zu haben, ist für Menschen in Deutschland noch immer mit großem Risiko verbunden, ins finanzielle Abseits zu geraten. Barrieren beim Zugang zu Gesundheitssystemen, Bildung, Mobilität und Berufsleben sind weitverbreitet. Internationale Vereinbarungen wie die nachhaltigen Entwicklungsziele oder die New Urban Agenda ändern daran zunächst einmal wenig.

Inklusion und Nachhaltigkeit gehören zusammen

Warum internationale Beschlüsse trotzdem äußerst wichtig sind, erklärt Gabriele Weigt vom Essener Verein Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev) so: „Wer nicht erwähnt wird, läuft Gefahr, vergessen zu werden.“ Deshalb hat bezev gemeinsam mit internationalen Initiativen und Netzwerken wie DIAUD bei der Habitat-III-Konferenz so intensiv für das Sichtbarmachen von Menschen mit Behinderung gekämpft. „Die Vereinten Nationen haben verschiedene Partizipationsformate für Interessengruppen eingeführt, die es uns ermöglicht haben, uns bei der Entwicklung der SDGs und der New Urban Agenda einzubringen. Ein aufwendiger Prozess, aber wir haben die Möglichkeiten genutzt“, sagt Weigt. Inklusion und nachhaltige Entwicklung in den Städten gehören unmittelbar zusammen, sagt sie. Zusammen mit der UN-Behindertenrechtskonvention von 2008 bietet die New Urban Agenda den Akteuren einen Bezugsrahmen, mit dem sie den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft in Erinnerung rufen können: „Wir haben unterschrieben und stehen in der Pflicht, unsere Städte und

„Wer nicht erwähnt wird, läuft Gefahr, vergessen zu werden.“

Gabriele Weigt bezev

Gemeinden nachhaltig und inklusiv zu gestalten.“ Das gilt für deutsche Städte ebenso wie für die Entwicklungszusammenarbeit, die in allen Vorhaben und Krediten zur Stadtentwicklung die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigen sollte. Deshalb tourt der Verein derzeit durch deutsche Städte und kommt über eine multimediale Installation zu den SDGs mit kommunalen Akteuren ins Gespräch.

Nicht alles wird sich von heute auf morgen ändern können, das weiß auch Victor Pineda. In Quito gehörte er zu den Initiatoren der Menschenbild-Kunstaktion und feuerte die Teilnehmer auf Englisch und Spanisch an, mitzumachen beim Visualisieren seiner zentralen Botschaft: Mehr Inklusion in den Städten! Wegen einer Polioerkrankung als Kind ist der in Venezuela geborene Pineda schwerbehindert und auf Rollstuhl und Beatmung angewiesen. Er ist überzeugt: „Der einzigartige Aspekt der New Urban Agenda besteht darin, wie stark sie betont, dass Menschen mit Behinderung beteiligt und involviert werden sollten in alle Aspekte städtischer Entwicklung.“ Wichtige Voraussetzungen für eine inklusive Entwicklung der Städte weltweit wurden also geschaffen. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diesen Gedanken in möglichst vielen Orten mit Leben zu füllen. —

Gute Beispiele aus aller Welt

Äthiopien

Barrierefreie sanitäre Anlagen

Der Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen ist für viele Menschen in Äthiopien auch in den Städten keine Selbstverständlichkeit. 40 Prozent der Bevölkerung sind gezwungen, Wasser aus unsicheren Quellen zu beschaffen – oft verbunden mit weiten Wegen. Für Menschen mit Behinderung ist diese Situation noch herausfordernder. Ein Projekt verschiedener Organisationen in Butajira Town hatte das Ziel, Menschen mit Behinderung eine bessere Versorgung mit Wasser und sanitären Anlagen zu bieten. Die Einrichtung mit barrierefreien Toiletten können auch Menschen ohne Behinderung gegen eine Gebühr nutzen. Dadurch konnten in der Einrichtung Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen werden. Mit dem kleinen Projekt gelang es, die Wasserversorgung in der Stadt Butajira Town barrierefrei zu machen, über das Thema aufzuklären und andere Akteure zu ermuntern, ähnliche Projekte zu starten.

Brasilien

RIOincludi für Kinder und Jugendliche

Das Projekt RIOincludi unterstützt Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien in Rio de Janeiro. Es geht sowohl darum, die Wohnungen der Familien barrierefrei zu machen, als auch darum, sie bei der Einforderung ihrer Rechte auf Bildung und Teilhabe zu unterstützen. Durch das durch Spenden finanzierte Projekt konnten bisher mehr als 300 Wohnungen barrierefrei gemacht werden. Sozialarbeiter beraten die Familien darüber hinaus zu Themen wie Schulbesuch und Zugang zu Sozialsystemen.

Kanada

Mapathons für inklusive Städte

„Finde, bewerte und teile barrierefreie Orte!“, lautet die Botschaft von AXS Map (Access Map). Das von Forschungseinrichtungen in Kooperation mit Aktivisten gestartete Crowdfunding-Projekt ist ein Online-tool aus Kanada, um barrierefreie Orte und Unternehmen auf einer Landkarte zu markieren. Jeder kann sich online beteiligen. Darüber hinaus veranstalten Studenten, ausgehend von Ontario (Kanada), sogenannte Mapathons für Schulkinder. Diese spüren barrierefreie Orte auf und tragen sie in eine Datenbank ein. Zugleich sorgen die Initiatoren seit 2012 mit verschiedenen Veranstaltungen für ein wachsendes Bewusstsein über das Thema Inklusion in den Städten. Einen Mapathon kann man übrigens auch selbst organisieren. Auf den Webseiten des Projekts erfährt man, wie es geht. Eine ähnliche Initiative wie AXS Map gibt es auch in Deutschland. Der Verein „Sozialhelden“ sammelt und veröffentlicht auf www.wheelmap.org rollstuhlgerechte Orte weltweit.

Die Probleme und Herausforderungen, vor denen die Städte weltweit stehen, sind gewaltig – aber es gibt positive Entwicklungen. Auf welche Weise inklusive Projekte Impulse für eine Stadt setzen können, zeigen diese Beispiele. Sie stammen aus der UN-Publikation „Good Practices of Accessible Urban Development – Making Urban Environments Inclusive and Fully Accessible to ALL“.

Mexiko

Pocket-Parks auf ungenutzten Flächen

Der Bezirk Azcapotzalco in Mexiko-Stadt ist geprägt von der dort ansässigen Industrie. Fast 40 Prozent der Fläche nehmen die Unternehmen ein, der Rest ist vorwiegend mit Wohnungen bebaut. Die Infrastruktur lässt insgesamt zu wünschen übrig, und grüne Flecken gab es bisher kaum. Mit der Eröffnung des Pocket-Parks in Mexiko-Stadt auf einem bislang ungenutzten Stück Land hat sich das jetzt geändert. Der Park im 400.000 Einwohner umfassenden Bezirk Azcapotzalco kann von Menschen mit und ohne Behinderung genutzt werden. Neben erwachsenen Besuchern kommen auch jugendliche Skater und spielende Kinder auf ihre Kosten. Der Park, in dem auch kulturelle Veranstaltungen stattfinden, ist für Rollstuhlfahrer zugänglich und mit einem taktilen Leitsystem ausgestattet. Eine Energieversorgung mit Solarlampen und eine intelligente Bewässerung der Grünflächen machen die grüne Oase in der Stadt außerdem besonders nachhaltig. Initiator war die Stadtverwaltung, die den Park mit Bürgerbeteiligung plante.

Singapur

Masterplan für die bestehende Bebauung

Seit den 1950-er Jahren ist der Stadtstaat Singapur rasant gewachsen. Wegen seiner begrenzten Fläche entstand für die rund 5,5 Millionen Einwohner und die wachsende Wirtschaft eine dichte Bebauung mit vielen Hochhäusern. Barrierefreiheit und Inklusion wurden dabei zunächst kaum mitgedacht. Wegen einer älter werdenden Gesellschaft und eines wachsenden Bewusstseins für das Thema Inklusion stellte Singapur 2006 einen Masterplan auf, um die bestehende Bebauung nutzerfreundlich für alle umzugestalten. Nach einer Bestandsaufnahme wurden vorbildliche Orte auf einem Portal veröffentlicht. Die Regierung legte Programme auf, um Besitzer zu motivieren, ihre Gebäude barrierefrei zu machen. Zehn Jahre später kann Singapur durchaus Erfolge vorweisen. Das Bewusstsein für das Thema stieg, und die Barrierefreiheit von Straßen, öffentlichen Gebäuden und Verbindungen zwischen wichtigen Gebäudeblocks wurde verbessert. Zudem hat sich Singapur verpflichtet, bis 2020 alle Busse und Bahnen für Rollstuhlfahrer zugänglich zu machen.

Südafrika

Öffentlichen Personennahverkehr zugänglich machen

Südafrika hat ein Programm aufgelegt, um ein integriertes öffentliches Transportnetzwerk zwischen den Städten Johannesburg, Kapstadt und Tshwane zu etablieren. Nach und nach soll das bestehende Nahverkehrssystem barrierefrei werden. Den öffentlichen Personennahverkehr bezahlbar, effektiv, barrierefrei, sicher und zugänglich für alle zu machen, ist eine riesige Herausforderung – zumal die finanziellen Mittel der beteiligten Städte begrenzt sind. Trotzdem hat sich durch das von der Regierung Südafrikas angestoßene Projekt einiges getan. Kapstadt zum Beispiel führte MyCiti ein, ein öffentliches Bussystem mit knapp 400 barrierefreien Fahrzeugen. Auch Busbahnhöfe und Wege zu Bushaltestellen wurden entsprechend umgerüstet.

Tanja Geiss

In Berlin in der Stadt, das ist
Hackescher Hofe, 2008, Tusche
und Acryl auf Papier

„In meinen Träumen habe ich meine
Wohnung in Berlin, um dort zu woh-
nen zu können. Essen gehen und mal
in die Stadt fahren ins Kino gehen.
Einen Spaziergang machen, einen
Einkaufsbummel zu machen, oder
gute Freunde zu besuchen“, schreibt
Tanja Geiss, die 1975 in Köln geboren
wurde und dort lebt und arbeitet, zu
ihrem Bild.





Copyright Kunsthaus Kattl

Europa ist urban: Vier von fünf Europäern leben in Städten. Entsprechend wichtig ist, dass die städtischen Angebote und Einrichtungen von allen Bürgern genutzt werden können. Das hat auch die Europäische Kommission erkannt. Seit 2010 würdigt sie den Einsatz für Barrierefreiheit von Städten ab 50.000 Einwohnern mit einem Preis. Einige Ausgezeichnete im Kurzporträt.

Access City Award

Text Beate Schwarz



Erster Platz 2017

Chester **A**

Rund 2.000 Jahre ist die Stadt im Nordwesten des Vereinigten Königreichs alt und reich an historisch bedeutsamen Gebäuden. Chester hat es geschafft, die für den Tourismus wichtigen Häuser Rollstuhlnutzern zu öffnen. Auch Privatunternehmen engagierten sich für das Projekt eines barrierefreien Tourismus.

Zweiter Platz 2016

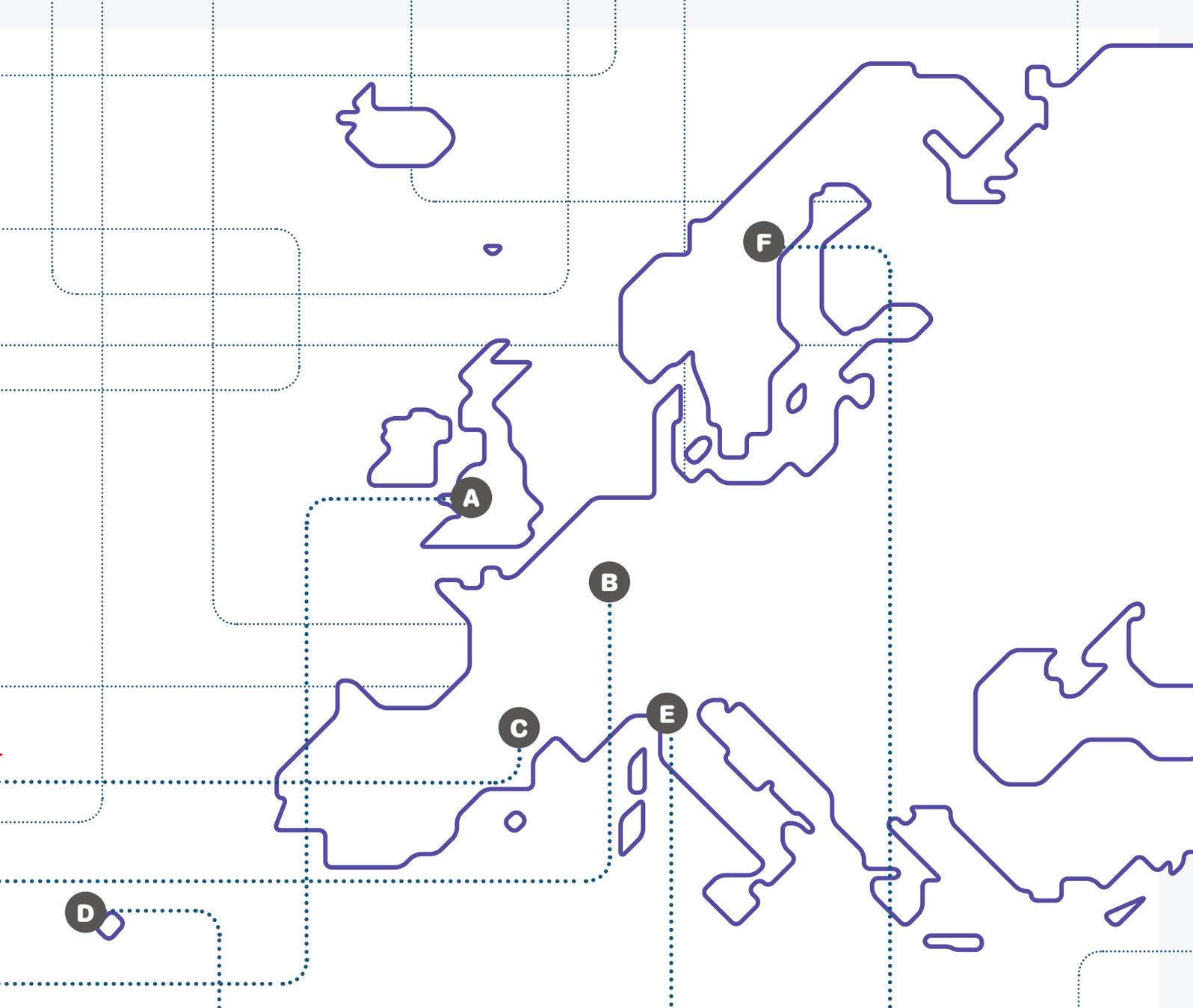
Wiesbaden **B**

Was in öffentlichen Gebäuden stattfindet, muss für alle zugänglich sein. Die Angestellten der Stadt erhalten ein Training, damit Besucher sich besser aufgehoben fühlen. Seit 2010 wächst auf den Spielplätzen zudem das Angebot für Kinder mit Behinderung. Busse und Haltestellen werden ausgerüstet.

Dritter Platz 2016

Toulouse **C**

Möglichst lange zu Hause selbstständig leben können – die viertgrößte Stadt Frankreichs investiert nicht nur in die Umrüstung von Wohnungen, sondern auch in sichere und unterstützte Mobilität. Der Einsatz von Informationstechnologie im Bereich Mobilität brachte der Stadt zusätzlich das Lob „Smart City“.



Special Mention 2017

Funchal **D**

Madeira ist eine sehr bergige Insel mitten im Atlantik. Ihre Hauptstadt bietet den ersten Strand Portugals, an dem hör- oder sehgeschädigte Einheimische und Touristen sicher baden können. In den Stadtpark fügen sich Rampen harmonisch ein, und im Einkaufsquartier sind alle Bereiche rollstuhlgerecht.

Special Mention 2017

Alessandria **E**

Knapp bei Kasse ist die alte, norditalienische Universitätsstadt. Dennoch baut sie die barrierefreie Infrastruktur aus, hat rollstuhlgängliche Wege angelegt und erweitert barrierefreie Kommunikationsangebote.

Special Mention 2017

Skellefteå **F**

Menschen mit Behinderung in Arbeit zu bringen, steht ganz oben auf der Agenda der kleinen schwedischen Stadt. Und das, obwohl sie von Bergbau und Holzwirtschaft lebt und die Winter schneereich sind. 700 Stellen für Menschen mit Behinderung wurden geschaffen, Busse mit Rampen, Licht- und Tonhilfen bestückt.



„Nähe und Erreichbarkeit sind das A und O beim Foodsharing.“

Lea Rudolph

teilt und rettet Essen in Köln-Ehrenfeld.



„In der machBar verwirklichen Menschen ihre Ideen.“

Mario Parade

macht in Potsdam Leute zu Machern.



„Durch Reden und Austausch können wir viel verbessern.“

Lul Autenrieb

hat das Internationale Frauen- und Familien-Forum in Bonn-Tannenbusch gegründet.

Stadtluft macht frei

Vier Ideen, die in Städten
entstanden sind und die
Gesellschaft verändern sollen.

Protokolle Christina Nerea Burger, Dagmar Puh

Fotos Marina Rosa Weigl

Lea Rudolph

ist Pädagogin, Sozialarbeiterin mit Schwerpunkt Suchtprävention und Foodsharing-Botschafterin im Stadtteil Köln-Ehrenfeld. Foodsharing ist ein ehrenamtliches Netzwerk, das Lebensmittel weitergibt, bevor sie in der Mülltonne landen.

Seit drei Jahren engagiere ich mich ehrenamtlich bei Foodsharing. Wir sind eine Initiative, die etwas gegen die Lebensmittelverschwendung tun möchte. Als Foodsaver holen wir deshalb abgelaufene, nicht mehr ganz frische oder unschöne Nahrungsmittel, die sonst weggeworfen würden, bei verschiedenen Betrieben ab und verteilen sie weiter. Zu unseren Partnern gehören Bäckereien, Supermärkte und Cafés. Damit die Rettung der Lebensmittel für alle geregelt abläuft, organisiert sich Foodsharing online auf einer Plattform.

Nach meinem ersten Jahr bei Foodsharing wurde ich Botschafterin für Köln-Lindenthal. Seit Januar 2017 kümmere ich mich um den Stadtteil Ehrenfeld. Als Botschafter ist man dafür verantwortlich, dass die Abläufe vor Ort funktionieren. Dazu gehört vor allem, die Neulinge einzuarbeiten. Außerdem organisiere ich regelmäßige Treffen und bin Ansprechpartnerin bei Problemen. In einer großen Stadt wie Köln kann das sehr zeitaufwendig sein. Allein in Ehrenfeld sind laut Onlineplattform rund 1.300 Personen als Foodsaver registriert.

Die vielen Engagierten sind aber gleichzeitig enorm wichtig für das Projekt: Je mehr Foodsaver es gibt, desto mehr Essen wird gerettet. Und desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass im Notfall kurzfristig jemand einspringen kann. Auch andere städtische Strukturen wirken sich positiv aus: Durch kurze Wege und öffentliche Verkehrsmittel kommt man immer schnell von A nach B. Das ist ideal, wenn man irgendwo Lebensmittel abholen muss. Wir Kölner Foodsaver können spontaner und flexibler agieren als die auf dem Land.

In den Veedeln, unseren Stadtteilen, spricht sich unser Projekt rasch herum: Immer mehr Leute wollen mitmachen. Gerade die Neuen sind oft hoch motiviert. Denn in der Stadt gibt es viele kooperierende Betriebe und damit für alle etwas zu tun.

Gerade in Ehrenfeld sind unsere potenziellen Abnehmer sehr gut vernetzt. Wir können uns darauf verlassen, dass die Lebensmittel, die wir retten und zu den Fairteilern bringen – das sind öffentlich zugängliche Sammelstellen –, auch wirklich abgeholt werden. Oft innerhalb von zehn Minuten. Wir retten also nicht nur von einer Tonne zur nächsten.

Seit der Gründung im Jahr 2012 haben wir Foodsaver in Deutschland fast neun Millionen Kilogramm Lebensmittel gerettet. Ich glaube, unser Erfolgsgeheimnis ist die effektive Vernetzung aller Beteiligten: den Betrieben, den Lebensmittelrettern und den Abnehmern. Da sind wir in Ehrenfeld ganz vorne mit dabei.

Mario Parade

ist einer der Gründer des Wissenschaftsladens und der machBar in Potsdam. Hier können Menschen Produkte entwickeln und selbst herstellen. Das nächste Projekt: Menschen mit Behinderung machen ihre Hilfsmittel selbst.

Ich bin Physiker und habe lange an der Uni gearbeitet. Aber irgendwann passten die Arbeitsbedingungen dort nicht mehr für mich. Deshalb habe ich zusammen mit ein paar Kollegen vor rund sechs Jahren den Wissenschaftsladen in Potsdam gegründet. Wir wollten Forschung mit gesellschaftlichem Bezug machen.

Sehr schnell sind wir auf das sogenannte Maker Movement aufmerksam geworden, die weltweite Bewegung also, bei der es darum geht, in offenen Werkstätten selbst Dinge herzustellen und sein Können und Wissen mit anderen zu teilen. Das geschieht mit traditionellen Materialien >



„Wir feiern uns so, wie wir sind.“

Sven, Aaron und Matej

gehören zum Organisationsteam der Pride Parade Berlin.

➤ und Werkzeugen, aber auch mit Hightechgeräten und Maschinen, die man sonst nur in Labors oder Fabriken findet.

Eine solche Werkstatt haben wir in Potsdam eingerichtet. In unserer machBar kommen die unterschiedlichsten Menschen zusammen und verwirklichen ihre Ideen – von der ersten Inspiration bis zum fertigen Produkt. Dass man diesen ganzen Prozess selbst durchführen, sich das notwendige technische Wissen und handwerkliche Können aneignen kann, ist für viele eine wichtige Erfahrung.

Ich arbeite auch als Lehrer an einer inklusiven Schule. Dabei erlebe ich oft, dass Kinder Hilfsmittel nutzen, die nicht wirklich praktisch für sie sind und außerdem noch sehr teuer. Mit etwas Tüftelei, Know-how und den richtigen Werkzeugen kann man in vielen Fällen bessere Lösungen schaffen. Aus dieser Erfahrung heraus ist ein Projekt entstanden, das wir bald mit verschiedenen lokalen Partnern angehen werden: Menschen mit Behinderung entwickeln ihre eigenen Hilfsmittel und produzieren sie auch selbst.

Mit im Boot sind Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die Uni Potsdam, aber auch mittelständische Sanitätshäuser. Wir wollten gute, günstige und nachhaltige Lösungen finden, ohne dass die Existenz etablierter Anbieter dadurch bedroht wird. Oft geht es auch gar nicht darum, etwas ganz neu zu erfinden, sondern zum Beispiel einen sicheren, zertifizierten Rollstuhl nutzerfreundlicher zu machen – vielleicht durch USB-Schnittstellen, an die man alles Mögliche anschließen kann.

Ideen wie unsere sind in einem städtischen Umfeld sicher leichter umzusetzen als auf dem Land. Aber wir tüfteln schon an Konzepten, die das ändern könnten. Mal sehen, was uns noch so alles einfällt.

Lul Autenrieb

ist Inklusionsbotschafterin der Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben, ehrenamtliche Integrationslotsin und Gründerin des Internationalen Frauen- und Familien-Forums in Bonn.

Seit vielen Jahren begleite ich Menschen mit Behinderung, Migrationshintergrund und Gewalterfahrung. In dieser Zeit habe ich viele Frauen kennengelernt, die Hilfe brauchten. Diese Begegnungen haben mich inspiriert, ein zentrales Forum in Bonn-Tannenbusch zu gründen, in dem die Frauen über ihre Probleme und Ängste sprechen und sich in schwierigen Lebenslagen unterstützen können.

Auch meine eigenen Erfahrungen haben mich dazu bewogen. Ich wurde in Somalia geboren, mit sechs Jahren beschnitten und mit 17 zwangsverheiratet. In der Ehe durchlebte ich geistige, aber vor allem körperliche Qualen. Mit der Folge, dass ich heute im Rollstuhl sitze. Jahrelang konnte ich über all das nicht sprechen. Irgendwann merkte ich aber, dass ich das Schweigen brechen muss, um Kraft zu schöpfen. Genau dieser Philosophie folgt auch das Internationale Frauen- und Familienforum in Tannenbusch.

Wir sprechen im Forum nicht nur über persönliche Schwierigkeiten. Genauso oft diskutieren wir Themen wie Familie, Gesundheit, Bildung oder die aktuelle Politik. Deshalb ist das Forum für alle geöffnet – auch für Männer. Wenn man Gehör findet, lässt sich vieles verbessern. So habe ich die Frauen im Forum für die Themen Gewalt und Genitalverstümmelung sensibilisieren können. Am Anfang war meine Offenheit zwar komisch für sie, aber dadurch sind sie selbst viel offener geworden.

Seit seiner Gründung im Jahr 2015 ist das Forum sehr gut in Tannenbusch angenommen worden. Die Struktur vor Ort hat viel mit diesem Erfolg zu tun: Unser Stadtteil ist ein bunter und lebendiger

Blumenstrauß mit vielen Geschichten und Schicksalen. Außerdem lebt hier ein Großteil unserer Teilnehmerinnen in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander. Für unser Forum sind kurze Wege sehr wichtig: Auch außerhalb unserer Treffen muss es die Möglichkeit zur Begegnung geben. So haben sich viele Nachbarn kennengelernt und sind zu Freunden geworden. Es macht mich glücklich, zu sehen, dass der Stadtteil enger zusammengerückt ist. Gleichzeitig sorgt das dafür, dass zu unseren Treffen immer mehr Menschen kommen. Wer Lust hat, bei uns mitzumachen, kann einfach vorbeikommen.

Sven, Aaron und Matej

gehören zum Organisationsteam der Pride Parade Berlin. „Behindert und verrückt feiern“ heißt das Motto der Demonstration, die 2017 zum vierten Mal stattfindet.

Die Pride Parade Berlin gibt es seit 2013. Damals war sie die einzige in Europa. Und die erste überhaupt, bei der Menschen mit Behinderung und mit häufig sogenannten psychischen Erkrankungen gemeinsam auf die Straße gegangen sind, um zu demonstrieren und zu feiern.

Unser Umzug führt durch eine sehr belebte Gegend. Viele Passanten bleiben stehen und schauen zu, wenn wir mit unseren Transparenten und Wagen vorbeilaufen, -rollen, und -tanzen. Sich dem auszusetzen, verlangt schon Mut. Es ist aber auch ein tolles Gefühl, zu zeigen: Wir sind gut, genau so, wie wir sind, stolz auf uns und feiern uns mit unseren vermeintlichen Mängeln. Aber es ist uns genauso wichtig, zu zeigen, welche Barrieren uns behindern.

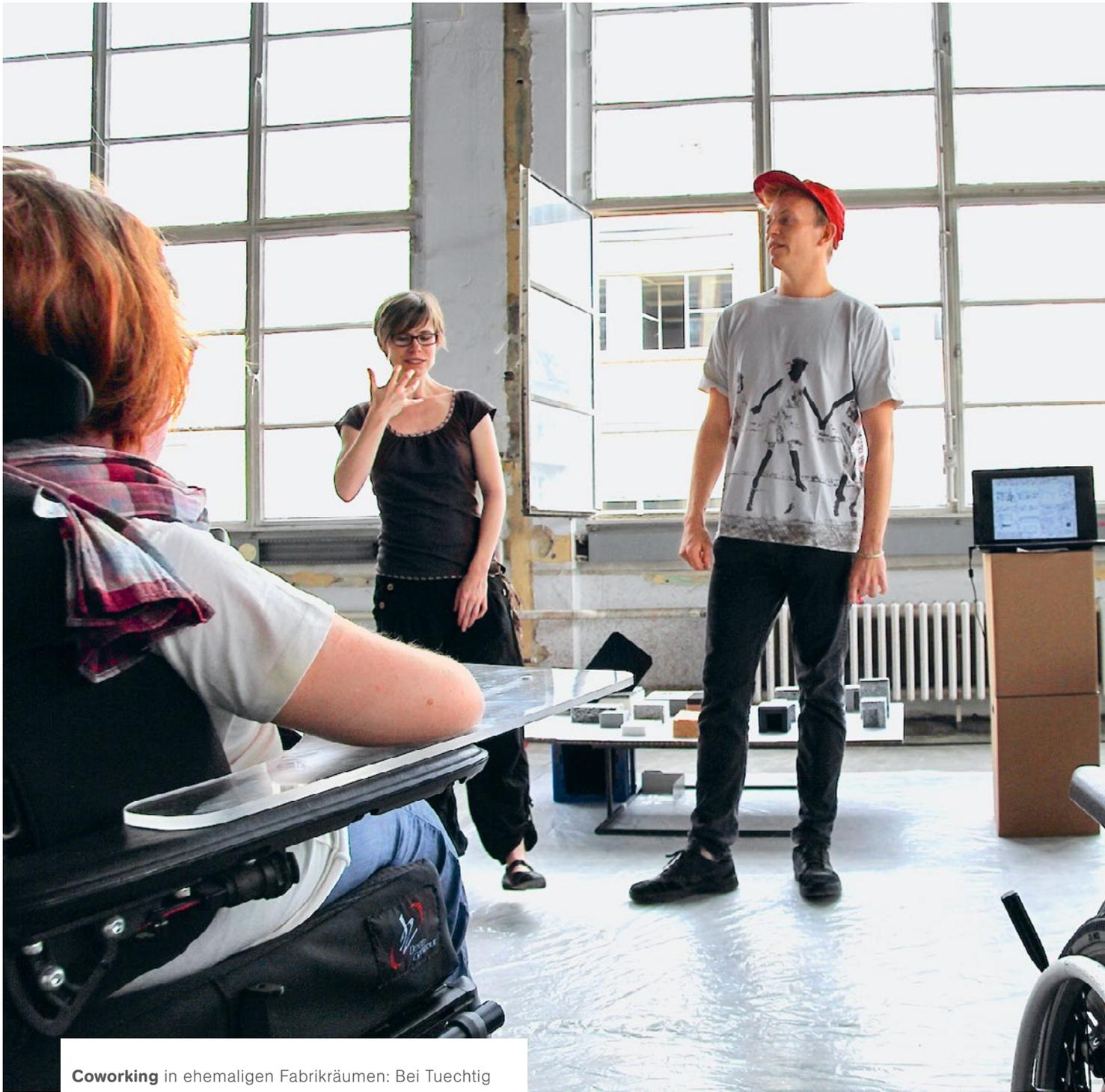
Hinter der Pride Parade stehen ganz verschiedene Menschen. Behindertenpolitische und psychiatriekritische Gruppen sind dabei, aber auch

engagierte Feministinnen und viele andere, die die Parade unterstützen möchten. Gemeinsamer Nenner ist der Wunsch, gegen die Dominanz der Norm zu protestieren und dabei Spaß zu haben.

2017 findet die Demo am 15. Juli statt. Die heiße Vorbereitungsphase für die Veranstaltung beträgt etwa vier bis fünf Monate. Wir verteilen die Aufgaben auf verschiedene Arbeitskreise im Organisationsteam, denn der Aufwand ist schon hoch. Genehmigungen beantragen, Finanzierung regeln, Technik organisieren, Öffentlichkeitsarbeit machen, Barrierefreiheit sicherstellen – und natürlich das rauschende Bühnenprogramm organisieren. Dabei verleihen wir übrigens auch dieses Jahr wieder die Glitzerkrücke, unseren Negativpreis für die speziellsten behindertenpolitischen Errungenschaften.

Man braucht eine kritische Masse von Leuten, die ähnlich ticken, um eine solche Veranstaltung anzuschieben und regelmäßig zu stemmen. Berlin ist dafür ein ideales Umfeld. Viele hier sind politisch engagiert, es gibt eine große Offenheit für unser Thema. Man kommt auch mit Behinderung gut durch die Stadt. Und es gibt offizielle Stellen, die sich mit Demos auskennen. All das macht die Sache leichter.

Natürlich könnten wir auch einfach „nur“ demonstrieren. Aber das Feiern unterstreicht unser Selbstbewusstsein und unsere positive Botschaft. Ein unbeschwerter Umgang mit Behinderung und Krankheit überrascht viele und steigert die Aufmerksamkeit für die Parade. Der wichtigste Grund ist ein anderer: Demonstrieren und dabei feiern macht einfach mehr Spaß. —



Coworking in ehemaligen Fabrikräumen: Bei Tuechtig in Berlin gibt es nicht nur Vorträge zum Thema Inklusives Arbeiten, es werden auch 50 Arbeitsplätze vermietet.



Foto bildbeute/Kopf, Hand + Fuß

Tüchtig für den ersten Arbeitsmarkt

Text Astrid Eichstedt

Die Großstadt lockt. Das war schon immer so und ist in Zeiten der digitalen Moderne nicht anders. Denn je größer die Stadt, desto besser die Infrastruktur, desto mehr Jobs. In der Großstadt bieten sich Arbeitnehmern und Selbstständigen mit und ohne Behinderung mehr Chancen, aber auch mehr Wettbewerb. Der öffentliche Personennahverkehr – und damit oft der Weg zum Arbeitsplatz – ist schneller getaktet und häufig barrierefreier organisiert als im ländlichen Raum. Theoretisch ermöglicht die digitale Technik zwar viele orts- und mobilitätsunabhängige Arbeitsplätze, doch bislang ziehen Arbeitgeber nur zögerlich mit, sodass der Standort nach wie vor eine Rolle spielt. Die regionale Verteilung von Integrationsbetrieben ist branchenspezifisch verschieden. CAP-Lebensmittelmärkte beispielsweise, die je zur Hälfte Menschen mit und ohne Behinderung beschäftigen, finden sich eher im ländlichen >

➤ Bereich, die überwiegende Zahl der integrativen Embrace-Hotels hingegen in Städten. Auch innovative inklusive Arbeitsprojekte gedeihen vorwiegend im urbanen Umfeld.

Inklusive Bürogemeinschaft

Ein Beispiel aus Berlin: In den ehemaligen Osram-Höfen wurde kürzlich Europas erster inklusiver Coworking Space eröffnet, das Tuechtig. Coworking Spaces sind eine neue urbane Form der Arbeitsorganisation, mit der auf die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitswelt reagiert wird. Da sie oft ausgediente Industrieanlagen nutzen, machen sie den Strukturwandel auch nach außen deutlich: Wo früher Fließbänder und Maschinen standen, werden heute Schreibtische an Menschen vermietet, die als Selbstständige tätig sind. Das Tuechtig, ein Projekt der Kopf, Hand + Fuß g GmbH, bietet genügend Platz für 50 selbstständig Arbeitende mit und ohne Behinderung, doch bislang sind es erst elf, zwei davon sind gehörlos. Gründerin Stefanie Trzecinski sagt: „Die 200 Euro Monatsmiete entsprechen dem Standard. Leider stellen wir fest, dass sie für Menschen mit Behinderung oft zu hoch ist. Es gibt Interessenten, die hier gerne einen Platz mieten würden, doch dazu eine finanzielle Unterstützung bräuchten. Deshalb müssen wir erst mal Stipendien für sie einwerben.“ Die Arbeit von Tuechtig könnte wegweisend sein: Der Zugang ist ebenerdig, die Schreibtische höhenver-

stellbar. Blinden Nutzern werden Brailletastaturen und schwerhörigen Teilnehmern für Teamsitzungen eine frequenzmodulierte Funksignalanlage zur Verfügung gestellt. Zum Angebot gehören auch Assistenzleistungen wie Übersetzungen in Gebärdensprache, Unterstützung bei der Erstellung von Businessplänen oder Hilfestellung durch

Fremdsprachenkenntnisse. Dem inklusiven Ansatz von Tuechtig entspricht es, dass die Unterstützungsleistungen nicht nur Menschen mit Behinderung zugutekommen. So könnten auch Senioren, die sich selbstständig machen wollen, Hilfe im Umgang mit Twitter, Facebook und Co. erhalten. Geplant sind auch Mentoringprogramme, Expertensalons und Vernetzung mit der Wirtschaft. „Im Grunde“, so Stefanie Trzecinski, „bietet eine Großstadt wie Berlin perfekte Bedingungen – einfach, weil hier so viele Menschen mit und ohne Behinderung leben. Das Teilen von Assistenzleistung funktioniert ja nur dann, wenn genügend Personen da sind, die es in Anspruch nehmen wollen.“ Stefanie Trzecinski würde auch gern Menschen mit kognitiven Einschränkungen mitnehmen. „Was

*„Jeder soll
arbeiten
können und
sein eigenes
Geld
verdienen.“*

Stefanie Trzecinski,
Gründerin von Tuechtig

nicht funktioniert, könnten wir kompensieren, so dass jeder seine Idee umsetzen kann. Denn die Maxime von Tuechtig ist: Jeder soll arbeiten können und sein eigenes Geld verdienen.“

Angesichts des Wegfalls einfacher Arbeiten und der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt stellt die Beschäftigung von Menschen mit

psychischer oder geistiger Behinderung eine der größten Herausforderungen für die Zukunft der Arbeit dar. Der Organisations- und Wirtschaftspsychologe Bertolt Meyer von der Technischen Universität Chemnitz bestätigt das: „Wir erleben stetig wachsende kognitive Herausforderungen, immer mehr Arbeitsaufgaben, die gleichzeitig zu erledigen sind, und eine immer stärkere Entgrenzung von Freizeit und Arbeit. Menschen, die kognitiv eingeschränkter oder weniger stressresistent sind, werden es durch die zunehmende Geschwindigkeit und Komplexität der Arbeit nicht leichter haben.“ Hier sind also mehr kreative Ideen gefragt.

Bereits bewährt haben sich die sogenannten Selbsthilfe- oder Zuverdienstfirmen. Schon Ende der 1970er-Jahre entstanden die ersten von ihnen in Freiburg, Münster und Gütersloh im Rahmen von gemeinnützigen GmbHs. Mittlerweile bieten sie in vielen deutschen Städten Arbeitsplätze für Menschen, die aufgrund einer psychischen Behinderung sonst auf dem ersten Arbeitsmarkt wenige Chancen haben. Vorbild waren die im Zusammenhang mit der italienischen Psychiatriereform entstandenen Kooperativen, die die ehemals in geschlossenen Anstalten untergebrachten Psychiatriepatienten Italiens zu aktiven Arbeitnehmern machten. Im Status einer geringfügigen Beschäftigung können Menschen mit psychischer Behinderung in Selbsthilfe- oder Zuverdienstfirmen etwa in der Gastronomie, im Garten- und Landschaftsbau, im Handel, im Handwerk oder in der Verwaltung im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten in der freien Wirtschaft arbeiten und reell entlohnt werden.

Tanz trainiert die Teamfähigkeit

Einen eher unkonventionellen Weg für den Übergang junger Erwachsener mit Förderbedarf auf den ersten Arbeitsmarkt verfolgt die Tanzbar Bremen. Mit ihrem Modellprojekt KompeTanz wollen die Initiatoren durch Tanz- und Körpertrainings Fertigkeiten vermitteln, die für die Arbeitswelt wichtig sind. In täglichen Proben werden Körper-

bewusstsein, Frustrationstoleranz, Selbstdisziplin, Konfliktfähigkeit, Motivation, Selbstbeobachtung und Teamfähigkeit trainiert. Durch Sprach- und Stimmtrainings sollen die Teilnehmer in der Kommunikation sicherer werden, durch Gebärdensprache ihre kognitiven Fähigkeiten schulen und Augenkontakt üben. Parallel dazu praktizieren die Teilnehmer Alltagsroutinen, wie selbstständiges Telefonieren, Einkaufen, ein Wegetraining und den Umgang mit Stress. Einen Höhepunkt der Maßnahme bildet die Mitwirkung an einer Bühnenproduktion. Nach Ende des Modellprojekts soll KompeTanz 2018 in ein kreativwirtschaftliches Integrationsprojekt übergehen.

Aktiv auf Unternehmen zugehen und auf unkomplizierte Weise erste Bewerbungsgespräche trainieren, das ermöglichen sogenannte Job-Speeddatings, die seit einigen Jahren von der Industrie- und Handelskammer und der Agentur für Arbeit zusammen mit verschiedenen Firmen veranstaltet werden. Neuerdings gibt es solche Speeddatings auch, um Schüler mit Behinderung und potenzielle Arbeitgeber zusammenzubringen. Diese speziellen Job-Kontaktbörsen bieten einen Rahmen für kurze Informations- und Bewerbungsgespräche zwischen Schülern mit Behinderung und Großkunden der Bundesagentur für Arbeit. In Köln, Düsseldorf, Essen und Aachen fanden bereits solche Job-Kontaktbörsen statt, ebenso in Cottbus. Inzwischen haben auch andere Bundesländer Interesse an diesem Format.

Glaubt man den meisten wissenschaftlichen Prognosen, dann können gut ausgebildete Menschen mit körperlicher und Sinnesbehinderung der Zukunft der Arbeit vorsichtig optimistisch entgegensehen. „Für sie werden die Chancen durch die Digitalisierung eher steigen“, schätzt Bertolt Meyer. „Dank der Verbesserung der technischen Hilfsmittel, Onlinefortbildungen und wegen des Wegfalls vieler körperlich schwerer Arbeiten werden körperliche und Sinneseinschränkungen immer weniger ins Gewicht fallen.“ Bleibt zu hoffen, dass die urbanen Kreativen dafür weiterhin den Weg ebnen. —



Städte barrierefrei machen – aber gern!
Allerdings fragen sich viele Kommunen,
wie sie das finanzieren sollen, ohne an
anderer Stelle zu sparen. Unterstützung
bieten verschiedene Förderprogramme.

Text Elisabeth Wicher

USIV

Die Website der Stadt hat keine Informationen in Einfacher Sprache, ins Finanzamt kommt man nur über eine Treppe, im Theater fehlt eine barrierefreie Toilette: Oft sind es vermeintliche Kleinigkeiten, die Menschen mit Behinderung in ihrem Alltag einschränken. Dabei besagt die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit 2009 auch für Deutschland bindend ist, dass Menschen mit Behinderung ganz selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können müssen. So weit die Theorie. In der Praxis sind Kommunen oft finanziell überfordert, wenn es um den Abbau von Barrieren geht.

Katharina Schöbinger von der KfW-Bankengruppe kennt diese Nöte. „Die Kommunen möchten gerne mehr machen in Sachen Barrierefreiheit, aber wegen anderer Dringlichkeiten rückt das Thema oftmals in den Hintergrund“, sagt die Produktmanagerin, die für das Förderprogramm „Barrierearme Stadt“ verantwortlich ist. Über das Programm erhalten Kommunen,

kommunale Unternehmen und soziale Einrichtungen zinsverbilligte Darlehen, um Barrieren in der Infrastruktur abzubauen. Förderfähig sind Umbauten im öffentlichen Raum, in kommunalen Verkehrsanlagen und Sportstätten sowie in Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Nicht gefördert werden Neubauten – die müssen ohnehin hohe Anforderungen an Barrierefreiheit erfüllen.

„Der demografische Wandel braucht bauliche Antworten. Sie zu unterstützen, ist ein zentrales Ziel der KfW“, sagt Schöbinger. „Wir wollen alten Menschen und Menschen mit Behinderung möglichst lange ein Leben im bekannten Wohnumfeld ermöglichen.“ Bereits seit 2009 unterstützt die **KfW** durch das Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ Wohneigentümer. Das Förderprogramm „Barrierearme Stadt“ folgte im September 2012 als Ergänzung für Kommunen – denn Menschen brauchen auch außerhalb der >

> eigenen vier Wände eine zugängliche Infrastruktur.

Bis heute förderte die KfW mit dem Förderprogramm „Barrierearme Stadt“ rund 250 Projekte in Kommunen sowie in kommunalen und sozialen Unternehmen. „Kommunen veranlassen oft kleinere, eher günstige Maßnahmen wie den Bau einer Rampe. Dafür ist unser Förderprogramm besonders geeignet“, erklärt Schöbinger. Sind kommunale Unternehmen für den Verkehrsbereich zuständig, müssen sie größere Summen investieren. So gab die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH knapp 30 Millionen Euro aus, um zwischen 2010 und 2014 insgesamt 125 Rolltreppen in 20 U-Bahn-Stationen zu erneuern. Außerdem tauschte sie 45 Lifte für rund sieben Millionen Euro aus. Ergebnis: Alle 100 U-Bahnhöfe sind laut der Stadt München barrierefrei. Zur Finanzierung nutzte die Stadtwerke München GmbH das Förderprogramm „Barrierearme Stadt“ der KfW.

Den Antrag zur Förderung stellen Kommunen direkt bei der KfW. Kommunale Unternehmen oder soziale Einrichtungen reichen ihren Antrag über ihre Hausbank ein. Mehrere Maßnahmen können im Antrag gebündelt werden. „Mit dem Programm wollen wir Leuchtturmprojekte schaffen, die den Scheinwerfer auf das Thema demografischer Wandel lenken“, sagt Schöbinger.

Neben der KfW bieten die **Bundesländer** Förderprogramme für Städte und Gemeinden. Dazu gehören etwa das Programm „Soziale Stadt“ oder die Städtebauförderung durch das jeweilige Land. Städtebauförderung nutzt beispielsweise das Land Baden-Württemberg, um eine zeitgemäße Infrastruktur in seinen Städten zu schaffen oder zu erhalten. „Unser Ziel ist es, städtebauliche Missstände und Entwicklungsdefizite in den Kommunen abzubauen und vorhandene Baustrukturen nachhaltig weiterzuentwickeln“, erklärt Susanne Glaser,

Kommunen sind oft finanziell überfordert, wenn es um den Abbau von Barrieren geht.

verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg. Das Ministerium entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel über das jährliche Städtebauförderungsprogramm und formuliert Förderschwerpunkte. Förderfähig sind kommunale Gemeinbedarfseinrichtungen wie Plätze, Wege, Kindergärten, Begegnungsstätten und kommunale Verwaltungsgebäude. Die Kommune beantragt Förderung beim zuständigen Regierungspräsidium und erläutert ihre geplanten Maßnahmen. Nach einer Vorprüfung durch das Regierungspräsidium entscheidet das Wirtschaftsministerium über die Aufnahme in das Programm. Der Fördersatz beträgt in der Regel 60 Prozent der förderfähigen Kosten. Diese ergeben sich aus den Städtebauförderrichtlinien des Landes. „Die Städtebauförderung ist das Förderprogramm, das am nachhaltigsten

in die kommunale Lebenswelt wirkt“, erklärt Glaser. „Von den 1.101 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg nutzen derzeit 858 das Stadterneuerungsprogramm.“ In den letzten 46 Jahren wurden diesen Städten und Gemeinden insgesamt rund 5,7 Milliarden Euro an Landesmitteln und 1,39 Milliarden Euro an Bundesfinanzhilfen bewilligt. Allein im Jahr 2017 werden rund 252,9 Millionen Euro – davon 101,3 Millionen Euro Bundesmittel – für die städtebauliche Erneuerung zur Verfügung gestellt. Bundes- und Landesfinanzhilfen werden aus unterschiedlichen Haushaltstiteln ausgezahlt.

Auch die **Europäische Union** (EU) fördert Projekte der nachhaltigen Stadtentwicklung. Dazu gibt es seit den 1990er-Jahren die Struktur- und Investitionsfonds. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 stehen etwa 1,5 Milliarden Euro an EU-Fördermitteln für diesen Zweck zur Verfügung. Den Rahmen gibt die EU-2020-Strategie für innovatives, nachhaltiges und integratives Wachstum. Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderung werden zwar nicht explizit benannt, fallen jedoch unter die EU-Priorität „Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut“. Für Kommunen sind besonders zwei Fonds interessant: der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung“ und der „Europäische Sozialfonds“. Darüber hinaus unterstützt die EU mit den „Integrierten Territorialen Investitionen“ die Bündelung von Mitteln aus mehreren Fonds. Neu ist auch die Förderung von Maßnahmen, die von der örtlichen Bevölkerung entwickelt und umgesetzt werden, genannt „Community-Led Local Development“. Außerdem wird das Finanzinstrument „Stadtentwicklungsfonds“ fortgeführt, das besonders solche Projekte unterstützt, die wenig rentierbar sind. Licht ins europäische Förderdickicht bringen nationale Kontaktstellen, etwa das Europäische Informationszentrum in Berlin. —

Es geht auch anders

Viele Kommunen in Deutschland erhalten heute weniger Kreditangebote als noch vor wenigen Jahren. Deshalb werden alternative Finanzierungsformen für sie immer wichtiger. Folgende Finanzierungsideen können die Lösung sein:

Schuldschein

Ein Instrument, um Kredite außerhalb des Bankensektors aufzunehmen. Heute nutzen zunehmend auch Kommunen Schuldscheine, um sich von der gelegentlich restriktiven Kreditvergabepraxis der Banken unabhängiger zu machen.

Kommunalanleihe

Eine Anleihe, die von einer Stadt oder Gemeinde ausgegeben wird, um am Kapitalmarkt Gelder zu erhalten. Käufer können beispielsweise Banken, Versicherungen oder auch Privatpersonen sein.

Crowdlending

Mittels Crowdlending können auch Bürger Projekte in ihrer Kommune direkt mitfinanzieren. Später erhalten sie das Geld mit Zinsen zurück. Damit wird lokales Engagement gefördert, denn die Bürger können ihre Lebenswelt aktiv mitgestalten und identifizieren sich so auch mit dem Projekt.

Öffentlich-private Partnerschaften

Dabei handelt es sich um eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen der Privatwirtschaft in einer Zweckgesellschaft. Ziel ist die Arbeitsteilung: Der private Partner übernimmt die Verantwortung für die effiziente Erstellung der Leistung, die öffentliche Hand achtet auf die Gemeinwohlorientierung.



Fotos Annette Hauschild (links); Espen Eichhöfer (rechts)

Auf dem Weg

Flourierende Wirtschaft, große Universität, steigende Einwohnerzahlen – Rostock und Erlangen haben einiges gemeinsam. Seit Kurzem verbindet sie noch mehr: Mit Unterstützung der Aktion Mensch wollen beide Städte in den nächsten fünf Jahren inklusiver werden.

Text Dagmar Puh

Modern und historisch

Die mittelfränkische Stadt Erlangen (links) ist ein Wissenschafts- und Wirtschaftszentrum; hier leben viele Studenten. Im Boot ist Platz für alle, das zeigt das Wandgemälde im Hof der Caritas Mecklenburg in Rostock.



Power fürs Leben

Um Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Lebensverhältnissen, darunter auch junge Flüchtlinge, kümmern sich Stephan Mehlhorn (oben) und das Team von Balance of Power in Rostock.

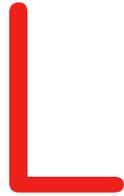
In Erlangens Altstadt gibt es viele kleine Läden und Restaurants (oben rechts). Rostocks sprechende Bahnen (unten) wurden für Sehbehinderte gemacht. Von der Info über Außenlautsprecher profitieren auch Touristen.



Lust auf Veränderung

Cornelia Basara verantwortet den Bereich Inklusion im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Stadt Erlangen.

Fotos: Annette Hauschild (linke Seite links oben, rechts oben und rechte Seite), Espen Eichhofer (linke Seite unten)



Lebhafte Gespräche und angeregte Diskussionen erfüllen den großen Seminarraum des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben Behinderter in Erlangen. Schon nach einem kurzen Blick in den Raum wird klar: Das Koordinatorentreffen der Initiative Kommune Inklusiv, das an diesem Aprilmorgen zum ersten Mal stattfindet, kommt bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut an. Der Austausch zwischen den Vertretern von Kommunen, Vereinen, Initiativen und Verbänden der beteiligten Städte und Gemeinden funktioniert. Kommune Inklusiv ist ein Projekt der Aktion Mensch, das in den nächsten fünf Jahren fünf Städte dabei unterstützen wird, Teilhabebehörden abzubauen. Neben Erlangen und Rostock sollen auch in Nieder-Olm, Schneverdingen und Schwäbisch Gmünd neue, inklusive Sozialräume entstehen – nicht nur für Menschen mit Behinderung. Im Fokus stehen auch sozial Schwache, Menschen mit altersbedingten oder psychischen Problemen und Migranten. Ziel der Initiative ist es, ein selbstverständliches Miteinander in jedem Lebensbereich zu schaffen. Dazu sollen sich zivilgesellschaftliche Akteure in den Kommunen vor Ort miteinander und mit der lokalen Verwaltung vernetzen, gemeinsam Ziele definieren und überlegen, wie sie zu erreichen sind. Die Fäden in der Hand hält dabei in jeder Kommune eine Netzwerkkoordinatorin oder ein Netzwerkkoordinator, deren Arbeit von der Aktion Mensch finanziert wird. Der regelmäßige Austausch von Wissen und Erfahrungen der Koordinatoren wie heute in Erlangen ist ein wichtiger Pfeiler der Initiative.

Für die Aktion Mensch war eine immer wiederkehrende Beobachtung Anlass, Kommune Inklusiv

5 Jahre

5 Gemeinden

5 Macher

zu starten: In vielen deutschen Städten gibt es großartige Ansätze, die mehr Inklusion schaffen sollen und für die viel Geld und Engagement aufgewendet wird – 2016 förderte allein die Aktion Mensch monatlich bis zu 1.000 Projekte, 178 Millionen Euro flossen hierhin sowie in die Aufklärung. Eine wirklich inklusive Kommune, in der alle gleich gut leben und teilhaben können, lässt dennoch auf sich warten. Woran liegt das?

„Es gibt viele gute Netzwerke, aber oftmals fehlen klare Zielvereinbarungen, was man gemeinsam erreichen will“, sagt Carolina Zibell. Sie ist bei der Aktion Mensch für Kommune Inklusiv zuständig und aus Bonn zum Koordinatorentreffen nach Erlangen gereist. „Mit der neuen Initiative fördert die Aktion Mensch deshalb keine Einzelmaßnahmen, sondern den Auf- und Ausbau lokaler Inklusionsnetzwerke.“ Das heißt: In den Gemeinden sollen

möglichst viele Menschen gewonnen werden, die sich gemeinsam für mehr Inklusion einsetzen (siehe Interview auf Seite 52).

Die Teilnehmer des Koordinatorentreffens begrüßen die breit angelegte Strategie. Aufgrund ihrer Erfahrung wissen sie: Kommune Inklusiv wird nur Früchte tragen, wenn es gelingt, möglichst viele Akteure in ihren Städten einzubinden. Besonders wichtig wird es sein, gut mit Verwaltung und Zivilgesellschaft, von Privatleuten über Firmen bis hin zu Vereinen, zusammenzuarbeiten – und zwar auf Augenhöhe. Der Erfolg steht und fällt außerdem damit, da sind sich die Anwesenden einig, die Zielgruppen aktiv in die Erarbeitung konkreter Maßnahmen einzubinden. Schließlich sind sie es, die ihre Lebenswelt am besten kennen. Diesen Bedürfnissen Gehör zu verschaffen, ist eine weitere Hauptaufgabe für die Koordinatoren. Um ihnen dabei zu helfen, finanziert die Aktion Mensch nicht nur die fünf Netzwerkkordinatoren, sie sorgt auch für Schulungs-, Trainings- und Austauschmaßnahmen.

—

„Ich war immer schon jemand, der sich lautstark über fehlende Barrierefreiheit beschwert hat“, sagt Cornelia Basara und lacht. „Jetzt mache ich das beruflich und werde auch noch dafür bezahlt.“ Die Psychologin, die blind ist, verantwortet den Bereich Inklusion im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Stadt Erlangen und ist zusammen mit Ingeborg Ehrlich-Schweizer Koordinatorin von Kommune Inklusiv in Erlangen. Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt wurde 2015 auf Initiative von Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß gegründet und soll sicherstellen, dass die Belange von Benachteiligten bei städtischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Erlangen, mit rund

112.000 Einwohnern die kleinste Großstadt Bayerns, ist ein Wissenschafts- und Wirtschaftszentrum. Die Universität hat 30.000 Studierende, die Unikliniken sind renommiert. Und: Die Stadt gilt seit Jahren als Vorreiter in Sachen Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Warum, wird bei einem Spaziergang durch die barocke Altstadt schnell klar. Es ist ein warmer Abend, rund um Marktplatz und Schlossgarten herrscht reger Betrieb. Die Straßencafés sind gut besucht. Auf den Wegen in der Altstadt liegt Kopfsteinpflaster – aber überall sind Menschen mit Fahrrädern, Rollstühlen und Rollatoren unterwegs. Sie kommen auf den glatten Plattenwegen, die das Pflaster vielerorts unterbrechen, gut voran. Hohe Bordsteinkanten fehlen weitgehend, trotzdem kann sich auch Cornelia Basara, die einen Langstock nutzt, problemlos orientieren. Das durchgängige Blindenleitsystem macht es möglich. Der Spaziergang führt an vielen denkmalgeschützten Gebäuden entlang. Eins davon ist die ehemalige, im 18. Jahrhundert erbaute Brauerei Erichbräu, in der sich heute das Haus Dreycedern, ein barrierefreies Sozialzentrum und Wohngebäude, befindet.

„Erlangen hat seit den 1980er-Jahren eine starke Behindertenbewegung“, erzählt Basara. „Sie hat hier sehr früh sehr viel auf den Weg gebracht.“ Außerdem seien Politik und Verwaltung immer offen für die Belange von Menschen mit Behinderung gewesen. Seit 2001 gibt es zum Beispiel das Forum Behinderter Menschen, in dem mehr als 30 Vereine und Organisationen zusammengeschlossen sind, die eng miteinander und mit der Stadt kooperieren.

StiB, die Studenteninitiative Behinderter, ist so ein Bahnbrecher gewesen. Sie brachte in den 1980er-Jahren Neuerungen auf den Weg, die nach ganz Deutschland ausstrahlten. >



Neue Wege

Bunte Vielfalt wird in den Werkstätten der Lebenshilfe Erlangen gelebt. Hier arbeiten Menschen mit Behinderung wie Günther Hammerl (rechts) und stellen unter anderem Kreisel her. Projektweise werden auch Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt fit gemacht.





Mehr als ein Dach über dem Kopf Arbeitslosigkeit, Armut, Hafterfahrung, Krankheit, Migrationshintergrund, Kinderreichtum – all das können riesige Hürden auf dem Wohnungsmarkt sein. Die Betreute Wohneinrichtung der Stadtmission in Rostock bietet ihren Bewohnern einen Schutzraum.

Fotos: Espen Eichhöfer



*„Wohnungs-
losigkeit
ist ein
Phänomen
mit vielen
Ursachen.“*

Hartwig Vogt, Leiter der Betreuten
Wohneinrichtung der Stadtmission
in Rostock

➤ Karl-Heinz Miederer war einer der Engagierten. „Damals gab es in den USA die ersten Busse, die auch Rollstuhlfahrer nutzen konnten“, erzählt er, der selbst schwerbehindert ist, einen Elektrorollstuhl nutzt und mit Assistenz lebt. „So etwas wollten wir hier auch. Aber bitte ohne Hublift mit nicht sicherer Umrandung.“ Kurzerhand kontaktierte die Gruppe Fahrzeughersteller von Bussen und entwickelte gemeinsam mit ihnen den Niederflrbus mit Ausklapprampe, der zuerst in Erlangen eingeführt wurde und inzwischen längst bundesweit rollt. Access, das gemeinnützige Unternehmen, das Miederer heute leitet, ist ein Tochterunternehmen des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben Behinderter, das aus der StiB hervorgegangen ist. Der Fachdienst qualifiziert und vermittelt Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt. „Wir tun viel, um potenziellen Arbeitgebern zu zeigen, welche Vorteile die Einstellung von Menschen mit Behinderung für sie hat“, erläutert Miederer. Mit viel Erfolg. Nun ist Access für den Employment for All Award nominiert, eine europaweite Auszeichnung für inklusive Konzepte aus dem Bereich Arbeit. Auch bei Access selbst greift natürlich das inklusive Konzept. 14 der insgesamt rund 50 Access-Mitarbeiter haben eine Schwerbehinderung. Beim Rundgang durch die Firmenräume fällt vor allem eins auf: Man bemerkt die Maßnahmen zur Barrierefreiheit kaum. Sicher, es gibt breite Türen und Gänge, barrierefreie Toiletten, ein paar Eingabehilfen auf den Schreibtischen, aber alles passt wie selbstverständlich in die Räume. Es scheint gar nicht so schwer, gute Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Das bestätigt Miederer. Die Herausforderung liege anderswo. „Schwieriger ist es, die Bilder in den Köpfen und die Strukturen in der Gesellschaft zu verändern“, sagt er. „Es gibt aber viele aufgeschlossene Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen.“

Das „Wabene“ ist so ein Ort, an dem das möglich werden kann. Ins Café nahe dem Stadtzentrum kommen Studierende der nahe gelegenen Universität, Angestellte aus den umliegenden Büros und Geschäften sowie Klienten und Mitarbeiter des Betreibers Wabe e.V. Die Wabe kümmert sich um die soziale und berufliche Wiedereingliederung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Der erste Arbeitsmarkt bleibt vielen von ihnen verschlossen, finanzielle und soziale Probleme sind die Folge. Stephan Eberle, Genesungsbegleiter des Vereins, weiß das aus eigener Erfahrung. Er hatte gerade sein Theologiestudium beendet, als er eine Psychose bekam. Der geplante Berufsweg als Pfarrer war damit auf einen Schlag unmöglich geworden. Nach vielen Umwegen und unbezahltem Engagement berät der Genesungsbegleiter nun psychisch Erkrankte und deren Angehörige. Bei Wabe e.V. kann er sich seine Arbeit selbst einteilen – und so Überbelastung vermeiden. „Psychische Behinderungen sind noch stark stigmatisiert“, sagt Eberle. „Außerdem bringen es viele Erkrankungen mit sich, dass die Betroffenen sich eher zurückziehen.“ Kommune Inklusiv könnte dazu beitragen, dass die Betroffenen weiter aus dem Schatten heraustreten, hofft Eberle.

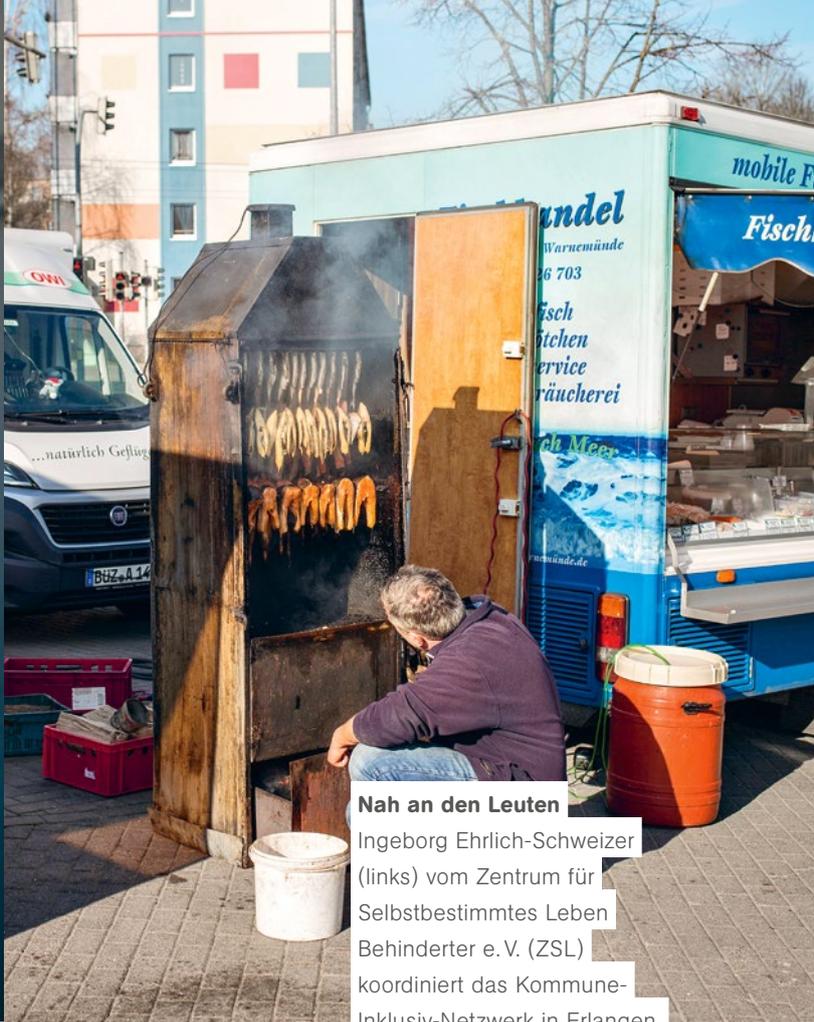
Für die Lebenshilfe Erlangen geht es gar um eine erweiterte Rolle. An den Werkbänken der Regnitz-Werkstätten stehen vor allem Menschen, die eine geistige Behinderung haben, seit einiger Zeit aber auch Kollegen mit körperlichen Einschränkungen, die zuvor lange arbeitslos waren. Im Rahmen eines Förderprogramms der Bundesagentur für Arbeit qualifizieren die Werkstätten sie für den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt. „In Zukunft werden wir unser Know-how zunehmend neuen Zielgruppen zur Verfügung stellen“, meint Stefan Müller, der Geschäftsführer der Regnitz-Werkstätten und der Lebenshilfe Erlangen. ➤



Lesen für alle

Freundlich, ruhig und offen ist die Atmosphäre in der Stadtbibliothek Erlangen. Das historische Gebäude wurde geschickt modernisiert und ist barrierefrei zugänglich. Es gibt eine Abteilung mit Medien in Leichter und Einfacher Sprache. Ungeübte Leser und Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen, nutzen die Romane, Kochbücher und Zeitungen.





Nah an den Leuten

Ingeborg Ehrlich-Schweizer (links) vom Zentrum für Selbstbestimmtes Leben Behinderter e. V. (ZSL) koordiniert das Kommunale Inklusiv-Netzwerk in Erlangen. Das ZSL wurde in den 1980er-Jahren gegründet. In Rostock riecht und schmeckt man die Nähe zum Meer (oben). Gern genutzt werden in Erlangen die Buchleihstationen mitten in der Altstadt (unten).



Fotos: Annette Hauschild (links oben und unten); Espen Eichhöfer (rechts oben)

➤ Das bedeute zum einen, die Werkstätten für neue Personenkreise zu öffnen, zum anderen, die Kompetenz der Lebenshilfe nach außen zu tragen und weitere Gruppen – etwa Vereine und Unternehmen – fit zu machen für inklusive Angebote. Wie das konkret aussehen kann, illustriert die Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring in der Region. Seit drei Jahren bietet er mit Unterstützung der Lebenshilfe Freizeiten für Jugendliche mit und ohne Behinderung an. „Unsere eigene Freizeit konnten wir inzwischen einstellen“, sagt Müller und freut sich. „Darum geht es doch bei Inklusion: nicht immer neue Angebote schaffen, sondern schauen, was schon da ist. Und es dann für alle zugänglich machen.“

—

Beim Koordinatorentreffen ist die Mittagspause vorüber. Am Nachmittag sollen für jede Stadt individuelle Schwerpunkte und Strategien erarbeitet werden. „Um den Aufbau eines Netzwerks wird es in Erlangen in den nächsten fünf Jahren eher nicht gehen, dafür sind wir hier schon zu weit“, meint die lokale Koordinatorin Ingeborg Ehrlich-Schweizer. „Rund um Arbeit und Schule gibt es bei uns schon sehr viele Angebote für Menschen mit Behinderung. Wir wollen uns nun auf den Bereich Freizeit konzentrieren und neue Partner aus Kultur, Gastronomie, Erwachsenenbildung oder Sport für Inklusion sensibilisieren.“

Anders ist die Lage in Rostock. Hier war Inklusion immer weit gefasst. Im Mittelpunkt stehen vor allem sozial Benachteiligte. Ziel für die nächsten fünf Jahre ist es, noch mehr für Kinder und Jugendliche zu tun. „Natürlich sind darunter auch Menschen mit Behinderung“, sagt Rostocks Netzwerkkoordinator René Tober. „Aber wir betrachten sie nicht gesondert.“

—

Unweit der historischen Innenstadt von Rostock ragt ein weißes Hochhaus auf. Zu DDR-Zeiten wohnten dort vor allem Kader der Staatssicherheit. Das ehemalige Stasigefängnis, heute ein Museum, liegt gleich nebenan. Diese Vergangenheit scheint weit zurückzuliegen. Rostock ist im Aufwind – und trotz vieler Prognosen. Die örtliche Wirtschaft ist stark, die Infrastruktur gut, die Universität genießt einen ausgezeichneten Ruf. Der Freizeitwert Rostocks ist hoch. Wo sonst liegen zwischen Stadtzentrum und Ostseestrand nur wenige S-Bahn-Minuten? Rund 208.000 Einwohner – etwa 11.000 mehr als vor elf Jahren – hat die Stadt heute. Allein im Stadtteil Mitte, auf den sich Kommune Inklusiv zunächst konzentrieren wird, leben 95.000 Menschen. Seit 2015 gehören auch zahlreiche Geflüchtete zu den neuen Einwohnern.

„Es freut mich natürlich, dass wir so ein Magnet sind“, sagt Steffen Bockhahn, Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport in der Hansestadt. „Aber es bringt auch Herausforderungen mit sich.“ Die Kitaplätze sind knapp, Seniorenheime platzen aus allen Nähten. Besonders eng ist es auf dem Wohnungsmarkt. Wer von Ausgrenzung bedroht ist, hat noch schlechtere Karten. Dass dieses Problem nicht nur Menschen mit Behinderung betrifft, sondern auch solche, die wenig Geld oder viele Kinder haben oder ein Trauma erlitten haben, hat man in Rostock im Blick.

Schwierigkeiten auf der Suche nach einem eigenen Zuhause haben unter anderem die Bewohner der dreistöckigen Wohnhäuser, die die Stadtmission verwaltet. „Bei ihnen kommen oft mehrere Probleme zusammen“, sagt Hartwig Vogt, Leiter der Einrichtung. „Wohnungslosigkeit ist ein ➤

„Inklusion gelingt nur, wenn die kommunale Verwaltung sie mitträgt.“

Mit der Initiative Kommune Inklusiv unterstützt und begleitet die Aktion Mensch die Schaffung inklusiver Sozialräume in Erlangen, Nieder-Olm, Rostock, Schneverdingen und Schwäbisch-Gmünd. Carolina Zibell, Projektleiterin bei der Aktion Mensch, über Hintergründe und Ziele der Initiative.

Die Aktion Mensch fördert seit vielen Jahren Projekte, die das Leben in Deutschland inklusiver machen sollen. Was ist bei der Initiative Kommune Inklusiv neu?

Carolina Zibell: Es geht diesmal nicht darum, einzelne Projekte zu unterstützen. Die Aktion Mensch möchte Inklusion in den Gemeinden fördern. Dazu sollen sich lokale Akteure zusammenfinden und auf gemeinsame Ziele verständigen. Wir schauen uns vor Ort die Situation an. Anschließend erarbeiten die Netzwerkpartner gemeinsam einen Plan, wie man Inklusion in ihrer Stadt besser umsetzen kann. Die Aktion Mensch begleitet und berät sie dabei. Außerdem bieten wir Fortbildungen und Erfahrungsaustausch an. Das ist neu. Die Netzwerkkoordinatoren vor Ort bekommen zusätzlich finanzielle Unterstützung.

Wie viele Kommunen hatten sich beworben? Und wie wurden die fünf ausgewählt, die die Aktion Mensch seit Februar 2017 fünf Jahre lang begleiten wird?

Rund 130 Städte und Gemeinden hatten sich beworben. Anhand der Unterlagen haben wir zunächst zehn in die engere Wahl genommen. Nach vielen Gesprächen und Besuchen vor Ort haben wir uns dann für fünf entschieden, wobei wir auf die Mischung geachtet haben: unterschiedliche Größen und die geografische Verteilung waren für uns ebenfalls wichtig.

Es sollen inklusive Sozialräume geschaffen werden. Wie definieren Sie „Sozialraum“?

Bei Kommune Inklusiv meinen wir mit Sozialraum das Lebensumfeld der Bürger im räumlichen und sozialen Sinne. Dazu gehören alle Orte, an denen Menschen aufeinandertreffen, sich austauschen und zusammenwirken: kommunale oder private öffentliche Einrichtungen, Vereine, Geschäfte, aber auch Firmen und Betriebe. Insofern ist die Kommune als Ganzes für uns der Sozialraum.

Welche Akteure bringen Inklusion voran?

Inklusion gelingt nur, wenn die kommunale Verwaltung sie mitträgt. Genauso wichtig sind starke Akteure aus der Gemeinde: Vereine, Wirtschaftsunternehmen, Wohlfahrtsverbände und Bürger. Sie müssen sich austauschen und an gemeinsamen Zielen arbeiten. Der Netzwerkkoordinator organisiert Austausch und Zusammenarbeit.

Wie stellen Sie fest, ob die Initiative Kommune Inklusiv etwas bewirkt?

Wissenschaftler des Instituts für Sonderpädagogik der Goethe-Universität Frankfurt am Main halten zunächst den Inklusionsstand in den fünf Gemeinden fest. Sie untersuchen, wie die Kommunen Inklusion bei sich umsetzen. Und natürlich, ob und wie sich die Sozialräume verändern und wie sich die Situation von Menschen entwickelt, die von Ausgrenzung bedroht sind.

Und wenn die fünf Jahre um sind?

Ist Deutschland hoffentlich ein Stück weit inklusiver! Die fünf Städte und Gemeinden bezeichnen wir nicht umsonst als Modellkommunen: Sie werden ihr Wissen und ihre Erfahrungen weitertragen.

➤ Phänomen mit vielen Ursachen. Arbeitslosigkeit und Armut, Hafterfahrung, Krankheit, Sucht, Migrationshintergrund – all das können riesige Hürden auf dem Wohnungsmarkt sein.“ Die Einrichtung versteht sich als Schutzraum für ihre rund 150 Bewohner. Als einen Ort, an dem sie keiner Ausgrenzung ausgesetzt sind. „Darum haben wir eine Weile überlegt, ob wir bei Kommune Inklusiv mitmachen“, erzählt Vogt. „Die Frage war, ob das überhaupt unser Thema ist.“ Inzwischen ist klar: natürlich! Auf dem Gelände der Betreuten Wohneinrichtung geht es jeden Tag darum, inklusive Lösungen zu finden für alle, die hier leben. Auch für diejenigen, die körperliche und psychische Behinderungen haben. „Wir möchten mehr Kenntnis über unsere Klientel vermitteln und Verständnis wecken“, sagt Vogt. Daher gibt es, trotz Schutzraumidee, Berührungspunkte mit der Außenwelt: Der Kirchenchor kommt regelmäßig aufs Gelände, es gibt einen Schrebergarten und ein Nachbarschaftsfest.

An jedem Tag ein beliebter Treffpunkt für die unterschiedlichsten Menschen ist das Stadtteil- und Begegnungszentrum Heizhaus in der Rostocker Südstadt, die von modernisierten Plattenbauten geprägt ist. „Zu uns kommen einfach alle“, sagt Leiterin Dagmar Dinse. „Alte, Junge, Dicke, Dünne, Menschen mit und ohne Behinderung, Deutsche und Ausländer.“ Begegnungen zwischen den verschiedenen Gruppen möglich zu machen, ist die Aufgabe des Heizhaus-Teams. Was konkret passiert, hängt wesentlich von den Nutzern ab. „Wir bieten kein fertiges Rundumprogramm an, sondern unterstützen die Ideen der Besucher“, skizziert Dinse. „Es ist wichtig, dass sie das Leben hier mitgestalten und Verantwortung dafür übernehmen.“ Viele finden das gut und sind mit großem Engagement ehrenamtlich im Haus aktiv. Ein wichtiges Feld ist die Zusammenarbeit mit Schulen. So kommen Gruppen für Naturprojekte oder Anti-Gewalt-

Trainings ins Haus. „Schule und Jugendsozialarbeit gehen noch nicht so richtig Hand in Hand“, sagt Dinse. „Ich hoffe, dass wir im Rahmen von Kommune Inklusiv besser werden können.“

Die Paul-Friedrich-Scheel-Schule, gar nicht weit entfernt vom Heizhaus gelegen, ist ein leuchtendes Beispiel für „umgekehrte Inklusion“ im Jugendbereich. Das großzügig gestaltete, begrünte Schulgelände, auf dem Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 15 Jahren unterrichtet werden, liegt am Rand der Rostocker Südstadt. Etwas abseits, wie das für Förderschulen lange üblich war. Seit rund acht Jahren können auch Kinder ohne Behinderung die Grundschule besuchen. Die Plätze sind begehrt: Kleine Klassen, gute Ausstattung und ein pädagogisches Konzept, das die Stärken und Schwächen jedes einzelnen Kindes berücksichtigt, überzeugen viele Eltern. „Diese Öffnung hat das Leben für die Schüler, aber auch für uns Lehrer unglaublich bereichert“, erzählt Direktorin Andrea Hentzschel. Mit dem Ansatz der umgekehrten Inklusion ist die Scheel-Schule Vorreiter in Mecklenburg-Vorpommern und berät inzwischen andere, die das Konzept umsetzen wollen. Hentzschel und ihr Team beschäftigt auch, wie es für die Jugendlichen nach der Schulzeit weitergeht. „Wir möchten den Schülern, die eine Behinderung haben, helfen, eine sinnstiftende Tätigkeit für ihr Erwachsenenleben zu finden. Das muss keine klassische Erwerbsarbeit sein.“ „Lebenspraktischer Tag“ heißt die Idee, die das Team dafür entwickelt und im Stundenplan verankert hat. Während der letzten drei Schuljahre können die Scheel-Schüler einmal pro Woche in einem lokalen Unternehmen oder einer Einrichtung mitarbeiten und so herausfinden, welche Tätigkeit zu ihnen passen könnte. Neue Partner dafür hat Hentzschel im Rahmen der Bewerbung für Kommune Inklusiv schon kennengelernt. „Jetzt gucken wir, was wir gemeinsam umsetzen können.“ ➤



Hierher kommen alle

Das Stadtteil- und Begegnungszentrum Heizhaus (oben) in der Rostocker Südstadt ist Treffpunkt für Schüler, Senioren und Geflüchtete – ein Querschnitt des Viertels. Erlangen (unten) ist multikulturell, dafür sorgen nicht allein die rund 30.000 Studenten, die hier leben.



Fotos: Espen Eichhofer (oben); Annette Häuschild (unten)

*„Alle sind
offen für
neue Ideen,
wollen
etwas voran-
bringen.“*

Andreas Meindl, Leiter der Ambulanten
Behindertenhilfe der Caritas in Rostock

➤ Dass ein Netzwerk wichtig ist, um Entwicklungen erfolgreich voranzubringen, davon ist Andreas Meindl, Leiter der Ambulanten Behindertenhilfe der Caritas in Rostock, überzeugt. In den vergangenen drei Jahren hat die Caritas das von der Aktion Mensch geförderte Projekt Netzwerk Inklusion im Stadtteil Evershagen begleitet. Dabei ging es darum, gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung möglich zu machen. Das hat gut funktioniert: Gerade wurde der Schulcampus Evershagen, einer der Netzwerk-

partner, für seinen inklusiven Ansatz mit dem Jakob-Muth-Preis ausgezeichnet. Meindl ist zuversichtlich, dass Rostock sich durch die Initiative Kommune Inklusiv verändern wird. In fünf Jahren seien alle Veranstaltungen und Bildungsangebote barrierefrei, blickt er in die Zukunft. Auf den Webseiten der Stadt finde jeder leicht und verständlich aufbereitete Infos, wo er sich eine Induktionsschleife oder eine mobile Rampe ausleihen könne und was das koste. „Außerdem haben sich dann alle, die sich in der Stadt mit Teilhabe beschäftigen, gegenseitig auf dem Schirm und kooperieren eng“, sagt Meindl. „Die Stadt pulsiert, alle sind offen für neue Ideen, wollen etwas voranbringen. Gerade im Bereich Teilhabe.“

—

In Erlangen ist es Abend geworden. Die Teilnehmer des Koordinatorentreffens sitzen in einem Erlanger Restaurant zusammen. Eine geeignete Gaststätte zu finden, die große Gruppen bewirten kann, zentral liegt und dazu noch barrierefrei ist, war selbst in Erlangen nicht leicht. Alle sind erschöpft, aber zufrieden. Im Laufe des Tages haben die Aufgaben für die nächsten Monate und Jahre klarere Konturen bekommen, erste Schwerpunkte sind umrissen, die nächsten Schritte festgelegt. Der Austausch hat für alle Teilnehmer viele neue Impulse gebracht. „Es wird auf jeden Fall ein Abenteuer, aber ich freue mich darauf“, sagt Ingeborg Ehrlich-Schweizer. Auch René Tober ist zuversichtlich: „Wir werden das schon wuppen.“ —

Stephen Wiltshire

Marina Bay, Singapur, 2016,
Kugelschreiber und Tinte

„Paper“ und „Pencil“ (Papier und Bleistift) waren die ersten Wörter, die der 1974 geborene Brite gesprochen hat. Da war er bereits fünf Jahre alt. Heute ist Wiltshire weltweit vor allem für seine Stadtpanoramen bekannt. Er zeichnet schnell, extrem detailgenau und meist aus der Erinnerung. Manchmal genügt ihm ein Flug über eine Stadt, um Eindrücke zu sammeln.





Copyright Stephen Wiltshire

Hallo, Nachbar!

Text Astrid Eichstedt

Illustrationen Elisabeth Moch

Sie lassen brachliegende Flächen neu erblühen, tauschen untereinander ihr Wissen, ihre Werkzeuge und ihre Erfahrungen. Sie organisieren neue Formen von Nachbarschaft, so als hätte es die Anonymität der Großstadt nie gegeben. Die Zahl der Bürger, die sich miteinander vernetzen, um ihr Lebensumfeld jenseits vorgegebener Strukturen selbst zu gestalten, wächst. Fast immer arbeiten sie freiwillig und unentgeltlich. Ihr Wirkungskreis? Urbane Stadtteilprojekte wie Urban Gardening, Farming, Foodsharing, Carsharing, Recycling, Kochen mit Migranten, Repair-Werkstätten, Nachbarschaftsnetzwerke, Kunstprojekte im öffentlichen Raum, aber auch private Flohmärkte oder Tauschbörsen. All dies wird angepackt und durchgeführt von Menschen, die das Leben in ihrer Stadt oder in ihrem Stadtteil selbst in die Hand nehmen wollen. Ihre Motivation? Sicher auch der Wunsch nach Nachhaltigkeit, nach ökologisch und sozial sinnvollem Handeln und nicht zuletzt der Wille, den Mangel an öffentlichen Angeboten nicht einfach hinzunehmen.

Der bekannte Hirnforscher Gerald Hüther erkennt in dem Trend zur selbstbestimmten, gemeinsamen Gestaltung des städtischen Lebens zwei menschliche Grundbedürfnisse, die in unserer durch Konkurrenz und dem Streben nach Wachstum geprägten Welt kaum befriedigt werden: das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und das Bedürfnis nach der Verbindung mit anderen. In seinem Buch „Kommunale Intelligenz“ plädiert Hüther für eine Beziehungskultur, die beides ermöglicht: „Eine Kultur, in der jeder spürt, dass er gebraucht wird, dass alle miteinander verbunden sind, voneinander lernen und miteinander wachsen können.“ Somit genau das, was die urbanen Vernetzungsprojekte bieten. Hüther sagt auch: „Unterschiedliche Erfahrungen zu nutzen, bringt immer bessere Ergebnisse.“ Wenn Menschen mit und ohne Be-

hinderung gemeinsame Ziele verfolgen und sich dabei austauschen, dann ist das eine Bereicherung für alle. Es reicht allerdings nicht, zu sagen: „Wir sind offen für alle. Jeder kann kommen.“ Man muss schon konkrete Einladungen aussprechen und in Sachen Barrierefreiheit aktiv werden. Eine Erfahrung, die die Akteure der hier vorgestellten Projekte bestätigen.

Gärtnern auf dem Parkplatz

Eigentlich sollte es ein Gemeinschaftsgarten werden, ganz oben auf dem stillgelegten Parkdeck eines Hochhauses in Berlin-Wedding. Weil Bauvorschriften dies verhinderten, stellte der Berliner Senat für das geplante Urban-Gardening-Projekt einen ebenerdigen ehemaligen Parkplatz im selben Bezirk zur Verfügung. Der geplante Name blieb: himmelbeet. Beim Urban Gardening werden brachliegende städtische Areale über gemeinsames Gärtnern einer neuen, sinnvollen Nutzung zugeführt. In der Regel beschränken sich solche Projekte nicht auf ökologische Ziele, sondern beziehen soziale Aspekte mit ein, so auch bei himmelbeet. Die gGmbH will ein Forum bieten für Nachbarschaftspflege, interkulturellen Austausch, Wissensvermittlung durch Workshops und Infoveranstaltungen. All das soll möglichst inklusiv gestaltet werden. 2016 startete himmelbeet das Inklusionsprojekt „tuml“ mit Workshops, Picknicks sowie Bau- und Gartenaktivitäten von Menschen mit und ohne Behinderung. Projektleiterin Ulrike Bruckmann: „Wir haben unter anderem gemerkt, wie wichtig es ist, sich leicht verständlich auszudrücken und schriftliche Informationen in Leichter Sprache bereitzustellen. Über Ökologie und Stadtpolitik, aber auch über einfache Zusammenhänge, etwa: Wie wächst eine Möhre? Wann ernte ich sie?“ In Zukunft will himmelbeet Inklusion noch stärker im Verein verankern und damit Weichen stellen für ähnliche Projekte.

Über den Tellerrand

Wer gemeinsam kocht und isst, lernt sich auf unkomplizierte und angenehme Weise kennen. Auf dieser Idee fußt die Arbeit des Über den Tellerand e. V., der Geflüchtete und Einheimische zusammenbringt. 2015 in Berlin gegründet, gibt >





➤ es inzwischen Satelliten in über 30 europäischen Städten. Eine der ersten war Frankfurt am Main. Inzwischen arbeiten hier zwei Festangestellte und rund 30 Ehrenamtliche mit und ohne Fluchterfahrung. Bei den Kochveranstaltungen kommen meist 50 Teilnehmer zusammen, etwa zu gleichen Teilen mit und ohne Fluchterfahrung. Unter dem Motto „Fifty Shades of ...“ kochen sie Gerichte aus ihrer jeweiligen Heimat. Das schafft Verbindung und Einblicke in andere Kulturen. Über den Tellerrand e.V. will auch die Integration in den ersten Arbeitsmarkt voranbringen – mit einem Job-Buddy-Programm, dessen Mentoren aus großen Frankfurter Unternehmen kommen. Feste Räumlichkeiten konnte der Verein wegen der hohen Mieten bislang noch nicht finden. „Es gibt aber immer Kooperationspartner, die ihre Räume zur Verfügung stellen, von Kirchengemeinden über Sozialunternehmen bis hin zu Theatern und Museen“, sagt Mareike Schöning, eine der Festangestellten des Vereins.

Wissen teilen

Unter der Obhut der Dortmunder Urbanisten gedeihen Projekte in den Aktionsfeldern Kunst im öffentlichen Raum, Stadtplanung, Urban Gardening und Obst- und Gemüseanbau sowie Recycling und Mitmachwerkstatt. Seine Kernaufgabe sieht der gemeinnützige Verein darin, andere Akteure zu unterstützen. Wer mit einem vielversprechenden Projekt auf sie zukommt, dem bieten die Urbanisten ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihr Geschick bei der Rekrutierung von Sponsoren. In Kooperation mit dem Union Gewerbehof stellen sie auch Räume für Musik und Theatergruppen, Workshops sowie eine professionell eingerichtete Holzmanufaktur zur Verfügung. Vorstandsmitglied Florian Artmann: „Ein älterer Herr, der früher bei der Handwerkskammer beschäftigt war, startet jetzt in der Manufaktur ein Repair-Café. Genauso ist es gedacht: Dass die Bürger hier etwas anbieten für andere und ihr Wissen mit anderen teilen.“

Kunst macht bunter

„Wir machen Stuttgart bunter“ – das Motto eines inklusiven Kunstprojekts in Stuttgart-Heslach, das 2016 startete, ist doppeldeutig gemeint. Zum ei-

nen, weil die Teilnehmer in ihrer Stadt bunte Akzente setzen, indem sie Kunstwerke schaffen, die in Ausstellungen und im öffentlichen Raum präsentiert werden. Zum anderen steht es für die Vielfalt der Kunstschaffenden: Menschen mit und ohne Behinderung, mit unterschiedlichem Hintergrund und Alter, die etwas miteinander erschaffen und gestalten und die so anderen zeigen, wie gut das funktioniert. Ebenso wie 2013 das von der Aktion Mensch geförderte Stadtteilprojekt „Wir machen Heschlach bunter“ wurde das Folgeprojekt vom Verein Zuhause leben initiiert. Alessandro Benigni, der künstlerische Leiter der kostenlosen Workshops, die jeden Monat im Gebrüder Schmid Zentrum des Mehrgenerationenhauses Heschlach stattfinden, sitzt selbst im Rollstuhl. Er sagt: „Inklusion bedeutet nicht nur, dass Menschen mit und ohne Behinderung zusammen kreativ tätig sind. Mitmachen sollen auch Menschen, die – wie auch immer – ausgeschlossen sind oder nicht die Mittel haben. Es geht um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.“

Gegen Ausgrenzung

Das Hamburger Netzwerk Nachbarschaft bietet schon seit 2004 eine Onlineplattform für aktive Nachbarn in Deutschland und Österreich. Derzeit sind es rund 2.500 Mitglieder, die zeigen, was Nachbarn gemeinsam bewegen können: etwa Tauschbörsen organisieren, die Barrierefreiheit eines Quartiers testen oder ein ökologisches Wohnprojekt planen. Die Plattform will Gemeinschaftsprojekte inspirieren und anstoßen, indem sie Hintergrundinfos, Checklisten und Ratgeberthemen kostenlos zur Verfügung stellt. Ein Expertenbeirat aus Architekten, Stadtplanern, Soziologen sowie Fundraising- und Kommunikationsfachleuten berät die Community. Zusammen mit der Netzwerkgründerin Erdtrud Mühlens und dem Künstler Janosch stellt der Expertenbeirat auch die Jury für den alljährlichen Wettbewerb „Die schönsten Nachbarschaftsaktionen“. Erdtrud Mühlens sagt: „Jeder kann etwas gegen Ausgrenzung und Anonymität tun, direkt vor Ort. Das ist der Impuls, den wir setzen. Etwas zusammen unternehmen, Freude bereiten und zeigen, dass man mit Eigeninitiative viel erreichen kann.“



Raus in die



Metropole

Zwischen Lenzkirch und Köln liegen knapp 500 Kilometer und eine Differenz von über einer Million Einwohnern.

Dominique-Michelle Heike (24) und **Manuel Heike** (37) haben im Herbst 2016 ihre Sachen gepackt und sind umgezogen – vom Dorf im Hochschwarzwald in die Großstadt im Rheinland. Protokoll eines Traums. — **Protokoll** Beate Schwarz

Er: Ich komme aus Schwaben, meine Frau ursprünglich aus Bremen. Wir haben uns in der Werkstatt in Titisee-Neustadt kennengelernt, wo wir beide gearbeitet haben. 2012, als wir geheiratet haben, sind wir zusammengezogen in eine Wohnung in Lenzkirch.

Sie: In Lenzkirch hat mir gefallen, dass es so ruhig war. Auch die Landschaft. Es ist malerisch. Aber es gibt viele Berge. Das war sehr anstrengend für mich. Ich komme ja aus Bremen und bin das Flachland gewohnt.

Er: Irgendwann hat mich meine Frau angesprochen, dass sie gern in die Stadt ziehen möchte. Wir haben länger darüber geredet und uns dann dafür entschieden.

Sie: Ich bin nicht jemand, der nur rumsitzt. Ich wollte mehr raus, mehr ins Kino und so. Das war schwierig in Lenzkirch. In die nächste große Stadt mussten wir mit dem Bus fahren. Der fuhr nicht oft. Da hat man dann immer auf die Uhr gesehen, das war stressig.

Er: Ja, der letzte fuhr um 19.30 Uhr zurück.

Sie: Ich bin ja sehr groß. Um Kleidung zu kaufen, musste ich nach Freiburg. Mit dem Bus war man da gut eineinhalb Stunden unterwegs.

Er: Vor ein paar Jahren waren wir vier Tage in Köln, wegen der Gamescom. Die Reise hatten wir selbst organisiert, auch das Hotel. Die Stadt hat

uns gut gefallen. Deshalb wollten wir gern nach Köln ziehen. Wir haben dann ein Jahr lang eine Wohnung gesucht. Aber das hat nicht geklappt. Dann haben wir von unserem gesetzlichen Betreuer vom Lebenshilfe-Projekt in Köln-Holweide erfahren. Wir sind nach Köln gefahren, haben uns das angeschaut, und es hat uns gefallen.

Sie: Unsere Wohnung ist hell und gut geschnitten, und wir fühlen uns wohl. Aber es ist schon etwas anderes als früher. Jetzt wohnen wir in einem Haus, in dem nur behinderte Menschen sind. Die Bilder unten im Flur, das stört mich schon.

Er: Auf der Tafel mit den Hausdiensten, meinst du? Wir sind halt sehr selbstständig, das sind aber nicht alle im Haus.

Sie: Manchmal fühlt man sich auch beobachtet. Und man hat immer mal Termine, zu denen man muss, obwohl man gerade erst von der Arbeit kommt.

Er: Ich finde es schon vorteilhaft, dass jeden Tag ein BeWo-Betreuer im Haus ist. Man kann dann manche Dinge direkt besprechen. (Anmerkung der Redaktion: BeWo steht für Betreutes Wohnen.)

Sie: Also, hier in Köln, da blühe ich richtig auf. Man kann schnell von A nach B fahren, morgens fahre ich zur Arbeit über den Rhein und sehe den Dom. Ich kann bummeln und muss nicht aufpassen, wann die nächste Bahn fährt. Wir haben aber noch nicht so viel gemacht, weil wir erst mal >

„Köln ist für uns wie ein Neustart.“

Manuel Heike

> schauen, dass wir die Wohnung fertig haben und uns einleben.

Er: Wir haben immer noch keine Küche, weil das Amt bei meiner Frau so schwierig ist. Bei mir gab es gar kein Problem mit dem Umzug, aber bei meiner Frau. Für unseren gesetzlichen Betreuer war das wirklich ein Haufen Arbeit. Kontakt nach Lenzkirch haben wir eigentlich nicht mehr, nur zu unserem gesetzlichen Betreuer. Köln ist für uns wie ein Neustart. Nur mit dem Dialekt tue ich mich noch ein bisschen schwer.

Sie: Ich weniger.

Er: Vielleicht wechsele ich auch die Stelle. Im Schwarzwald habe ich in der Montagegruppe gearbeitet und Kartonagen hergestellt. In Köln mache ich gerade ein Praktikum, beliebere ältere Leute mit Essen und nehme Bestellungen an. Der Wunsch, in diese Richtung zu gehen, war schon länger da.

Sie: Im Schwarzwald war ich auch in der Montage tätig. Jetzt mache ich digitale Archivierungen.

Er: Wir wollen hier erst mal richtig ankommen. Und dann haben wir Pläne. Wir möchten eine Familie gründen.

Sie: Ja, dafür machen wir dann einen Termin bei Pro Familia. —

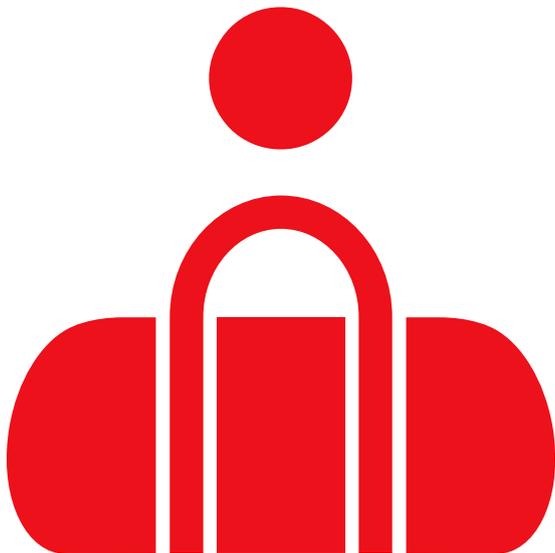
Wie inklusives Wohnen normal werden kann

Dr. Heidrun Metzler forscht an der Eberhard Karls Universität Tübingen zum Thema „Lebenswelten behinderter Menschen“. Drei Punkte hält sie für wichtig, damit inklusives Wohnen gelingt:

- Einzelne behindertengerechte Wohnungen in einem Wohnhaus sind besser als das schönste Wohnheim, weil Nachbarn sich leichter kennenlernen. Einige Städte – etwa Hamburg – fördern Projekte, die Wohnungen für Menschen einplanen, die es schwer haben, auf dem freien Markt fündig zu werden.
- Konzepte und Betreuer müssen Menschen mit Behinderung als Mieter sehen und sie in dieser Rolle unterstützen. Auch Menschen mit Behinderung sollten allgemeine Dienste im Haus übernehmen.
- Menschen mit Behinderung müssen mit Einrichtungen im Stadtteil vernetzt werden. Sie sollten selbstständig und möglichst nicht in einer großen Gruppe einkaufen beziehungsweise im Wohnumfeld agieren.



Dabeisein ist einfach.



TEAM



Wenn man den Sportförderer für ganz Deutschland* an seiner Seite hat. Der einen auch unterstützt, wenn man nicht zu den Olympischen Spielen möchte, sondern nur zweimal die Woche zum Training.

*Bezogen auf die Sparkassen-Finanzgruppe.

Wenn's um Geld geht







Bürger machen Stadt

—
Text Rosa Grewe



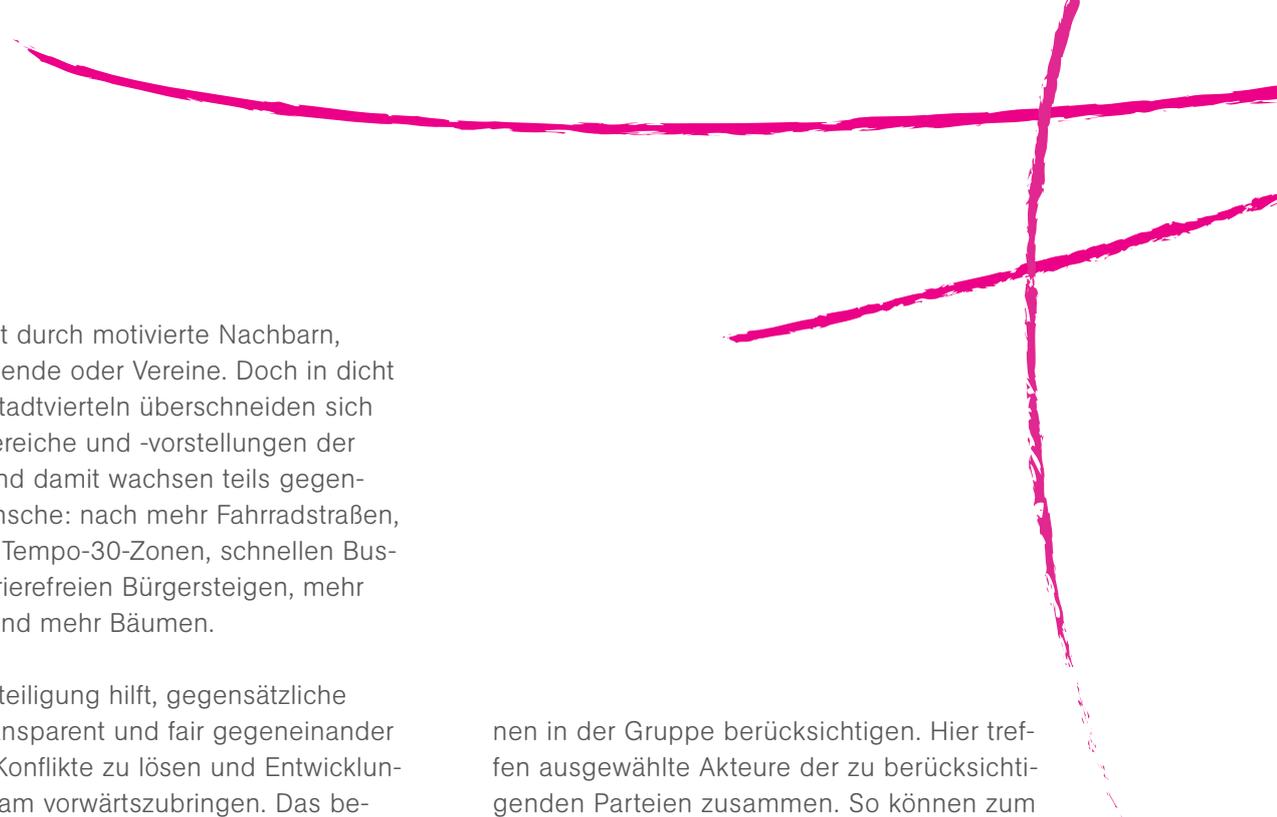
Mitunter träumen Stadtplaner von früher. Als sie mit Achsen, Alleen und Parks die ideale Stadt aus einem Guss planten. So entstanden Athen und Rom, später Sankt Petersburg, Teile von Paris, Barcelona und viel später Brasília. Doch mit dem schönen Neuen verschwand das Alte und mit ihm die Land- und Nachbarschaften, für viele Bewohner auch das Gefühl von Heimat.

Heute ruft ein Stadtumbau viele Beteiligte auf den Plan. Bewohner, Vereine und Initiativen oder auch die Gewerbetreibenden vor Ort mischen sich ein. Ein langer und sensibler Bürgerbeteiligungsprozess beginnt, der eigentlich weit über die „Bürger“-Beteiligung hinausgeht. Gruppen mit unterschiedlichsten Interessen arbeiten daran, den verschiedenen Lebensentwürfen einer heutigen Stadtgesellschaft gerecht zu werden. Ein Prozess voller Konflikte, Kompromisse und Diplomatie. Susanne Jungkuntz von der Fachstelle Inklusion Oldenburg sagt: „Der aktive Bürger ist für die Verwaltung eine Herausforderung. Wir von der Verwaltung wollen Zukunftsthemen zusammen mit der aktiven Bürgergesellschaft angehen, dazu müssen alle lernen, ihre Stärken anzuerkennen und einzubringen.“ Und der Stadtplaner? Der stöhnt mitunter über diesen mühsamen Pro-

zess der Stadtentwicklung. Denn er sitzt heute nicht mehr vor Papier, sondern vor einer Menschenmenge. Deren Ideen muss er zusammenführen, einarbeiten, entwickeln, erklären, überarbeiten, weiter entwickeln – und immer wieder Wogen glätten.

Bürger übernehmen Verantwortung

Zahlreiche Projekte entstehen durch spontanes Bürgerengagement. Meist sind es Nachbarn und Nutzer, die Probleme in ihrem Umfeld zuerst entdecken, wie fehlendes Grün oder eine defekte Kinderschaukel. Bürgerengagement beginnt oft im Kleinen, im eigenen Lebensumfeld. Viele Initiativen entstehen, noch bevor die Stadtverwaltung das Problem überhaupt kennt. Kleine Gemüsegärten, barrierefreie Zuwege, Abenteuerspielplätze, Quartiertreffs und Straßenfeste – die lebenswerte



Stadt entsteht durch motivierte Nachbarn, Gewerbetreibende oder Vereine. Doch in dicht bewohnten Stadtvierteln überschneiden sich die Lebensbereiche und -vorstellungen der Menschen, und damit wachsen teils gegensätzliche Wünsche: nach mehr Fahrradstraßen, Spielstraßen, Tempo-30-Zonen, schnellen Busstrecken, barrierefreien Bürgersteigen, mehr Parkplätzen und mehr Bäumen.

Die Bürgerbeteiligung hilft, gegensätzliche Interessen transparent und fair gegeneinander abzuwägen, Konflikte zu lösen und Entwicklungen gemeinsam vorwärtszubringen. Das bedeutet vor allem, Menschen einzubinden, die abseits der lokalpolitischen Bühne agieren und die im planungspolitischen Umfeld bisher weniger vertreten waren. Das können Minderheiten sein oder Menschen mit Sprach- oder Kommunikationsbarrieren, resultierend aus einem Migrationshintergrund oder einer Behinderung. Dafür müssen die Moderatoren einer Bürgerbeteiligung die Fragen und Inhalte zu einem Projekt möglichst einfach und nachvollziehbar erläutern, in mehreren Sprachen, anhand von Bildern und Modellen und in unterschiedlichen, persönlichen Gesprächen. Diese Gespräche gleichen bei großen Projekten einem Staffellauf: Bürgerversammlungen, Expertenrunden und kleine Arbeitskreise wechseln sich ab. Man nähert sich etappenweise dem Ziel, etwa dem Bau eines Quartiersplatzes oder der Verbesserung eines ganzen Stadtteils als inklusiver Lebensort.

Der persönliche Austausch: Arbeitskreise

Besonders in den Arbeitskreisen wird darauf geachtet, dass die Inhalte das Arbeitstempo und die Kommunikationsweise jedes Einzel-

nen in der Gruppe berücksichtigen. Hier treffen ausgewählte Akteure der zu berücksichtigenden Parteien zusammen. So können zum Beispiel Menschen mit Behinderung direkt oder über einen Vertreter ihre Interessen und Anforderungen im Planungsprozess einbringen. Sie finden Gehör und Unterstützung bei politischen Entscheidern, die mit am Tisch sitzen. Die Auswahl der Beteiligten einer Arbeitsgruppe ist eine der Hauptaufgaben der Moderatoren und bestimmt den Erfolg der Planung. Die sich ergänzenden Akteure können durch den direkten Austausch Projekte schneller auf den Weg bringen, etwa wenn sozial ausgerichtete Stiftungen, Stadtverantwortliche und Vertreter von Menschen mit Behinderung in einem Arbeitskreis zusammen ein inklusives Wohnprojekt umsetzen. Außerdem können die Beteiligten im Rahmen eines kleinen Arbeitskreises ihre verschiedenen Perspektiven besprechen und zu neuen Lösungen finden. Den Bau einer barrierefreien Bushaltestelle beispielsweise verantworteten bisher vor allem Verkehrs- und Stadtplaner und Busbetreiber. Bei einer inklusiven Stadtentwicklung erarbeiten nun Betreiber, >

> Planer und Nutzer, insbesondere Menschen mit Gehbehinderung, gemeinsam eine Lösung. In vielen Gemeinden sind die Vertreter der Menschen mit Behinderung politisch sehr aktiv und gut vernetzt. Der Arbeitskreis unterstützt das. Er ist also ein gutes Hilfsinstrument, um fokussiert und individuell zu inklusiven Lösungen zu kommen.

Die große Runde: Bürgerversammlungen

Aber nicht nur im „Hinterzimmer“, auch bei einer Bürgerversammlung findet Inklusion statt. Dabei geht es unter anderem um die Einflussnahme bei der Planung, viel mehr aber noch um Respekt vor der Vielfalt einer Stadtgesellschaft. Denn werden im Rahmen einer Bürgerversammlung die Anforderungen an eine Stadtplanung etwa von Menschen mit Behinderung sichtbar, verändert das auch die Sichtweise auf den eigenen Nachbarn und den Umgang miteinander und die Konsensbereitschaft. Sichtbar machen heißt konkret: Die Moderatoren müssen die Einladungen zu Veranstaltungen, die Präsentationen und alle Ideen so aufbereiten, dass sie möglichst viele Menschen erreichen, in verschiedenen Sprachen, mit einfacher Ausdrucksweise, mit Gebärdendolmetscher und mit Ansprechpartnern vor Ort für individuelle Rückfragen. Auch in der Bürgerversammlung lassen sich kleine Arbeits-

kreise einrichten, sogenannte Bürgerwerkstätten, wie in Freiburg-Dietenbach. Hier können Nachbarn mit und ohne Behinderung oder Sprachbarrieren gemeinsam ein Thema in einem individuellen Arbeitstempo und mit unterschiedlicher Intensität bearbeiten.

Informationen veröffentlichen: das Internet

Genauso transparent und vielsprachig muss dann die Reaktion auf und die Weiterentwicklung von Ideen aus den Versammlungen stattfinden. Etappe für Etappe können übers Internet, multimedial und in verschiedenen Sprachen alle Informationen und Abstimmungen der Versammlungen zum Gros der Bürger fließen. Auch hier gibt es die Möglichkeit einer gezielten Mitbestimmung von Menschen, die wegen einer Behinderung oder aus anderen Gründen weder in den Arbeitskreisen noch in den Bürgerversammlungen mitwirken können. Einige Gemeinden praktizieren zum Beispiel den Bürgerhaushalt via Internet, wo Bürger über Investitionen der Gemeinde digital abstimmen können.

Es gibt verschiedene Wege, alle Bürger zu beteiligen. Die moderierenden Stadtplaner managen diesen komplexen, inklusiven Austausch. Auch deswegen spricht man nun von Stadtentwicklungsmanagement. —

Eigendynamik entwickelt

Oldenburg Neu-Donnerschwee

Bis 2025 möchte die Stadt ein besseres Lebensumfeld für alle Bürger bieten. In einem jahrelangen, inklusiven Beteiligungsverfahren mit Experten- und Kinderworkshops sowie Bürgerversammlungen benannten die Oldenburger Orte mit besonderem Handlungsbedarf.

Einer davon ist Neu-Donnerschwee, eine ehemalige Kaserne mit wunderschönen Backsteinbauten. Hier, mitten in der Stadt, entsteht seit 2012 ein vielfältiges, inklusives Quartier. Wie es dazu kam, erklärt Susanne Jungkuz von der Fachstelle Inklusion: „Zur rechten Zeit kam die Stadt mit sozial ausgerichteten Partnern zusammen. Und auch in der weiteren Entwicklung sind es vor allem aktive Bürger, die inklusive Projekte selbst anstoßen.“ Es waren viele unterschiedliche Bauherren wie Stiftungen, Projektentwickler oder Baugruppen, die soziale Wohnprojekte bauten: Mehrgenerationenhäuser, barrierefreie Wohnungen, Pflege-Wohngemeinschaften, Sozialwohnungen, Familienwohnungen, Miet- und Eigentumswohnungen. In Bürgerversammlungen sammelt die Nachbarschaft fortwährend Ideen zur besseren Inklusion im Stadtteil. Susanne Jungkuz sagt: „Wir von der Stadt versuchen, diese Entwicklung zu unterstützen, aber nicht zu viel vorzugeben, denn die Bewohner wollen selbst handeln und gestalten.“ Aus dieser Eigendynamik entstanden verschiedene soziale und kulturelle Einrichtungen, ein Kindergarten, ein Stadtgarten, eine Facebook-Gruppe und mehrere Dienstleister. Eine gemeinnützige Genossenschaft plant derzeit den Umbau des historischen Kinos zu einem inklusiven Veranstaltungsort, einer kulturellen Mitte für den alten und neuen Stadtteil.

Alle beteiligen

Freiburg-Dietenbach

Die Stadt Freiburg wächst rasant. Auf den Feldern von Freiburg-Dietenbach soll nun eine inklusive Modellstadt für 11.500 Bewohner entstehen. Grundlage dafür ist der Aktionsplan zur Inklusion, den der Gemeinderat 2015 beschlossen hat.

Die Grundsätze des Aktionsplans bestimmen die Vorgehensweise sowohl im Beteiligungsverfahren als auch im städtebaulichen Wettbewerb für den neuen Stadtteil. Dazu schreibt der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon: „Mit dem Aktionsplan Inklusion verpflichtet sich die Stadt Freiburg, die Verschiedenheit des Einzelnen zu respektieren und aktiv dazu beizutragen, eine gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen und Ausgrenzung zu verhindern.“ Für den Grundsatz zur Teilhabe aller Bürger setzt die Stadt Freiburg beim Projekt Dietenbach auf eine sehr weitreichende Bürgerbeteiligung. Diese startete 2015 mit einer ersten Informationsveranstaltung. Seitdem pendelt der Entwicklungsprozess im Pingpong zwischen vier Arbeitsgruppen: den Expertenrunden mit Vertretern der Verwaltung, von Vereinen und Institutionen, den offenen Bürgerrunden mit Informationsveranstaltungen und Bürgerwerkstätten, parallel dazu einer Arbeitsgruppe des Gemeinderates und einem Fachbeirat mit Stadtplanern, Architekten und Ingenieuren. Über Infobriefe und per Internet werden alle Bürger auf dem Laufenden gehalten. In den verschiedenen Gremien entwickelten die Freiburger Ideen und Leitbilder, mit denen nun in einem städtebaulichen Wettbewerb und ab 2020 auf den Feldern am Ortsrand die inklusive Modellstadt der Zukunft wachsen wird.

Die Kümmerer

Die Menschen, die Straßen, die Viertel machen eine Stadt zur Stadt. Quartiermanager kümmern sich im Auftrag der Verwaltung um den sozialen Zusammenhalt in einem Stadtteil. Ein Arbeitsbesuch bei Stadt-Werkern in Hamburg, Chemnitz und Lindlar. — **Text und Fotos** Timour Chafik



1. Nathan Arileshere

Hamburg-Bahrenfeld

„Ich bin jemand, der den Menschen zuhört und sie miteinander vernetzt. Ja, ich bin Vernetzer, bin Ansprechpartner. Dazu muss ich immer unterwegs sein. Im Allgemeinen hat Stadtentwicklung viel mit Wohnfeldentwicklung zu tun, mit Parkplätzen und ansprechender Weihnachtsbeleuchtung. Hier in Bahrenfeld ist es aber eher das Zusammenspiel zwischen Geflüchteten und Ehrenamtlichen, zwischen Bewohnern, Initiativen und Vereinen. Die soziale Infrastruktur steht für mich und für das Viertel im Vordergrund.“



Bahrenfeld hat jede Menge Gutverdiener, aber auch viele, die am Existenzminimum leben. Es ist ein gegensätzlicher Stadtteil, der aber offen ist, der sich gestalten lässt und der andere an der Gestaltung teilhaben lässt. 2015 hatten wir 30.000 Einwohner, auf die noch einmal 6.000 Geflüchtete kamen. Heute sind es knapp 4.000 Geflüchtete. Egal, wie viele es auch sein mögen: Entscheidend ist, wie wir zusammenleben. Und das ist das Schöne an meiner Arbeit und an Bahrenfeld: Es ist ein Stadtteil, in dem integriert statt getrennt wird, in dem Inklusion tagtäglich stattfindet.“

Im Gespräch: Nicht nur mit Bewohnern, auch mit Behörden und Polizei hält Nathan Ariles here Kontakt. In den Containerbauten sind viele Geflüchtete untergebracht; um ihre Integration kümmert sich der studierte Stadtplaner in besonderem Maße. Im Viertel kennt ihn fast jeder – und er nimmt sich Zeit für einen Plausch.



2. Annett Illert

Chemnitz Mitte-West

„Als Netzwerkerin und Koordinatorin in Chemnitz Mitte-West bewege ich mich zwischen zahlreichen Vereinen, Initiativen und Stadtteilakteuren. Ich bin auch die Verbindung zum Bürger, ob er jetzt Bewohner oder Gewerbetreibender ist. Natürlich ist das ein Spannungsfeld, weil die unterschiedlichsten Handlungsfelder miteinander verknüpft werden müssen: Soziales und Bauen, Gesundheit und Wirtschaftsförderung, Wissenschaft und Monitoring. Ich mache das seit 17 Jahren mit viel Freude. Weil ich die Interessen von Menschen vertreten kann, die niemand mehr hört – weil sie nicht



in der Lage sind, selbst zu sprechen oder ihre Interessen zu artikulieren. Was das für Menschen sind? Im Verhältnis zur Gesamtstadt Chemnitz sind wir ein junges Quartier. Hier wohnen viele Familien mit Kindern. Aber es sind auch Familien, denen es besser gehen könnte, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben und Transferleistungen brauchen. Im Quartier Mitte-West beziehen ein Viertel der Bewohner Arbeitslosengeld I oder II. Um diese Menschen wollen wir uns ebenfalls im Bürgerzentrum der Neuen Arbeit Chemnitz e. V. kümmern. Wir wollen sie mitnehmen und beteiligen.“

Im Umbruch: Im Quartier Mitte-West stehen Geschäfte und Wohnungen leer und überdurchschnittlich viele Einwohner müssen von Transferleistungen leben. Annett Illert ist seit 2000 Fürsprecherin der Menschen im Quartier. Ihre Arbeit als Quartiermanagerin erledigt sie im Bürgerzentrum, einem zentralen Treffpunkt vor Ort. Man trifft sie aber auch auf der Straße oder an der Skaterbahn im Konkordiapark.



3. Christoph Ronecker

Lindlar

„Mobilität und Alleinsein sind zwei unserer Kernthemen hier in Lindlar, einer Stadt im Oberbergischen Kreis mit rund 22.000 Einwohnern. Wie in anderen ländlichen Räumen nimmt auch hier der Anteil älterer und hochaltriger Menschen zu – ein demografischer Wandel, der von Symptomen wie Fachkräftemangel, Pflegenotstand oder auch einem eingeschränkten öffentlichen Personennahverkehr begleitet wird. Viele ältere Menschen fühlen sich einsam und gehen sogar aus diesem Grund ins Altenheim. Eine erfolgreiche Quartiersentwicklung verhindert das, indem sie



soziale Netzwerke knüpft, damit die Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Das heißt für meine Arbeit, dass ich lebendige Nachbarschaften initiieren und das Füreinander stärken möchte. Das kann so konkret und greifbar sein wie unser Projekt Lindlar Mobil, kurz: Limo. Das ist ein ehrenamtlicher Fahrdienst für ältere Mitbürger mit inzwischen 20 Fahrerinnen und Fahrern. Das Tolle dabei: Weil wir extrem gut untereinander vernetzt sind, kriegen wir dank Limo auch mit, wenn die Nutzer noch anderen Unterstützungsbedarf haben.“ —

In Bewegung: 85 Quadratkilometer groß ist Lindlar, und Christoph Ronecker fährt täglich rund 20 Kilometer, um vieles zu organisieren und Menschen zusammenzubringen. Gelungen ist das zum Beispiel mit dem Projekt „Essbares Lindlar“, bei dem seit 2014 Bewohner gemeinsam ein Gartenstück bewirtschaften.

Bezahlbar, zentral
und barrierefrei wohnen
in der Großstadt? Ein
frommer Wunsch! Der
städtische Wohnungs-
markt sorgt immer mehr
dafür, dass Mieter aus-
sortiert und umverteilt
werden. Dabei wäre eine
andere Wohnungspolitik
möglich. Österreichs
Hauptstadt macht es vor.

”

In den Jahren 2000 und 2001 war ich Studentin in Chicago. Ich wohnte in einem 20-stöckigen Hochhaus. Für rund 500 US-Dollar im Monat, was damals rund 1.000 D-Mark entsprach. Etwas Günstigeres, Rollstuhlgerechtes hatte ich nicht finden können. Gleich vor der Haustür begann eine Bad Neighborhood – so nennen die US-Amerikaner Viertel, in denen Kriminalität verbreitet ist und in die Weiße möglichst keinen Fuß setzen. Die Stadt war komplett unterteilt – in Viertel für Weiße, Schwarze, Latinos. In Chicago sah ich ganz deutlich, was passiert, wenn die Stadt entscheidet, dass ein Viertel nicht mehr lukrativ für Investoren ist, und sie nicht dafür sorgt, dass dort saniert wird. Auch in vielen anderen Gegenden dort sah es aus, wie wir es aus sogenannten Entwicklungsländern kennen: Menschen, die auf der Straße schlafen, Müllberge, die keine Stadtreinigung entsorgt, überbelegte Häuser, die kurz vor dem Einsturz stehen. Dass ich in einem dieser Viertel wohnte, machte etwas mit mir. Zum einen entwickelte ich ein Gefühl großer Solidarität mit den „Armen und Abgehängten“, durch deren Straßen man durchaus rollen konnte, ohne „als Weiße gleich erschossen“ zu werden, wie warnende Stimmen argwöhnten. Zum anderen hatte auch ich das Gefühl, abgehängt zu sein. Niemals zuvor wurde ich mir – trotz Mittelklassehintergrund und Studienstipendium – so stark meiner Zugehörigkeit zur „randständigen“ Bevölkerung bewusst.

17 Jahre später bin ich auf Wohnungssuche in Berlin. Zusammen mit zwei oder drei Freunden möchte ich eine Wohngemeinschaft gründen. Noch vor zehn Jahren wäre das vermutlich kein Problem gewesen. Heute ist es offenbar ein uneinlösbarer Anspruch: große Wohnung, WG-geeignet, schwellenfreier Zugang. Und bitte bezahlbar. Wenn wir mo-

natlich 2.500 Euro kalt hinlegen könnten, würden wir problemlos in einem der Luxusneubauten unterkommen, die gerade an jeder Ecke gebaut werden, nicht selten mit barrierefreiem Zugang. Barrierefreiheit scheint neben Fußbodenheizung, Sonnenterasse und Gästebad ein Kennzeichen des gehobenen Wohnstandards geworden zu sein. Dennoch gibt es in Deutschland noch viel zu wenige barrierefreie Wohnungen. Schätzungen zufolge sind es derzeit etwa 500.000 – bei einem Bedarf, der mindestens doppelt so hoch ist, wie das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung herausfand.

Leider sind wir keine Großverdiener. Um Wohngeld zu bekommen, darf man sich jedoch mit seinem Einkommen gerade mal knapp über der Hartz-IV-Grenze bewegen. Kein Wunder, dass deutschlandweit derzeit nur rund 800.000 Haushalte Wohngeld beziehen – und dass ihnen auch dies angesichts der steigenden Mieten kaum weiterhilft. 2015 lag die Inflationsrate bei 0,3 Prozent, Mietwohnungen verteuerten sich sechs Mal schneller. München ist mit seinen durchschnittlich rund elf Euro pro Quadratmeter die teuerste Stadt, gefolgt von Frankfurt, Stuttgart und Köln. In Berlin wohnt man im Bestand mit rund sechs Euro pro Quadratmeter zwar noch vergleichsweise günstig, doch Neuvermietungen liegen auch hier bei rund elf Euro pro Quadratmeter.

Die meisten meiner potenziellen Mitbewohner hätten sogar Anspruch auf eine Sozialwohnung. Doch deren Zahl sinkt kontinuierlich: 50.000 gehen laut Deutschem Mieterbund Jahr für Jahr verloren. Um Zuschüsse der öffentlichen Hand zu >

„Leider sind wir keine Großverdiener.“

Rebecca Maskos

➤ bekommen, müssen sich Bauinvestoren zwar verpflichten, einen Teil ihrer Wohnungen mit einer Sozialpreisbindung anzubieten. Wenn diese Bindungen jedoch nach 15 bis 30 Jahren auslaufen, können die Mieten kräftig angehoben werden. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gibt es zudem immer weniger – in fast allen deutschen Städten wurden deren Immobilien in den letzten Jahren im großen Stil privatisiert. Und von 250.000 Wohnungen, die hierzulande im Jahr 2015 neu gebaut wurden, waren gerade mal 15.000 Sozialwohnungen.

Die Behörden haben sich verkalkuliert, sagt Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbunds. „Man dachte jahrelang: Wir sind wohnungsmäßig gut versorgt, weil die Bevölkerung schrumpft. Doch nun gibt es einen hohen Bevölkerungszuwachs und Zuwanderung aus den Ländern der Europäischen Union – diese Menschen ziehen in die Städte.“ Wegen fehlender Infrastruktur träumten zudem immer weniger Familien vom Einfamilienhaus auf dem Land. Auch ältere Menschen blieben in der Stadt oder zögen dorthin. In Städten und Kommunen werde zwar neu gebaut – aber eben kaum Sozialwohnungen. „Wenn die Leute Schlange stehen für teure Wohnungen, wird ein Investor keine Sozialwohnungen anbieten“, sagt Ropertz. Wie andere europäische Metropolen wird auch Berlin seit einigen Jahren überrannt von Spekulanten und Mietern, die bereit sind, horrenden Preise zu zahlen. Ganze Blocks werden aufgekauft, saniert und hochpreisig neu vermietet. Mieter mit geringen oder mittleren Einkommen bleiben außen vor. Waren die innerstädtischen Bezirke früher durchmischte und inklusiv, werden sie nun zunehmend von gut verdienenden Singles und Familien bewohnt, seltener von Menschen mit Behinderung – schließlich sind diese überdurchschnittlich oft ohne Job oder im Niedriglohnbereich beschäftigt.

Vielleicht könnte ein Blick ins Nachbarland Österreich helfen. Dort hat der öffentlich geförderte Wohnungsbau Tradition. Seit dem „Roten Wien“ der 1920er-Jahre errichtet man dort günstige, aber komfortable und architektonisch innovative „Gemeindebauten“. Heute leben rund 60 Prozent aller Einwohner der österreichischen Hauptstadt in öffentlich geförderten Wohnungen, 220.000 davon gehören der Stadt. Die kauft kontinuierlich Bauland auf, um es unter ökologisch und sozial orientierten Auflagen an meist gemeinnützige Bauträger zu veräußern. Wien zeigt allen Skeptikern eine Nase, die meinen, ökologisch, barrierefrei und sozial zu bauen sei zu teuer und nicht machbar. Geht es für mich also nach Chicago und Berlin jetzt ab nach Wien? So sehr ich Sachertorte und Palatschinken mag, hoffe ich doch darauf, dass ich in meinem Berliner Kiez bleiben kann. Und dass sich auch hierzulande die Einsicht durchsetzt, dass nur eine inklusive, diverse und soziale Stadt lebenswert für alle ist. —

“



Rebecca Maskos

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule Bremen im Bereich Disability Studies und freie Journalistin engagiert sich in der Behindertenbewegung sowie in Netzwerken der Disability Studies.

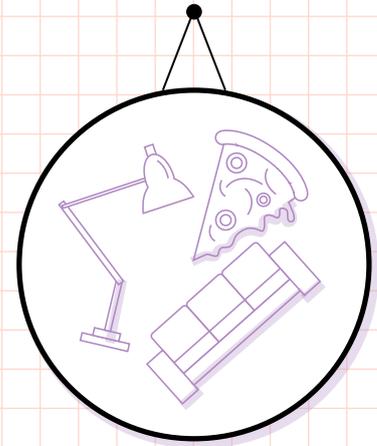
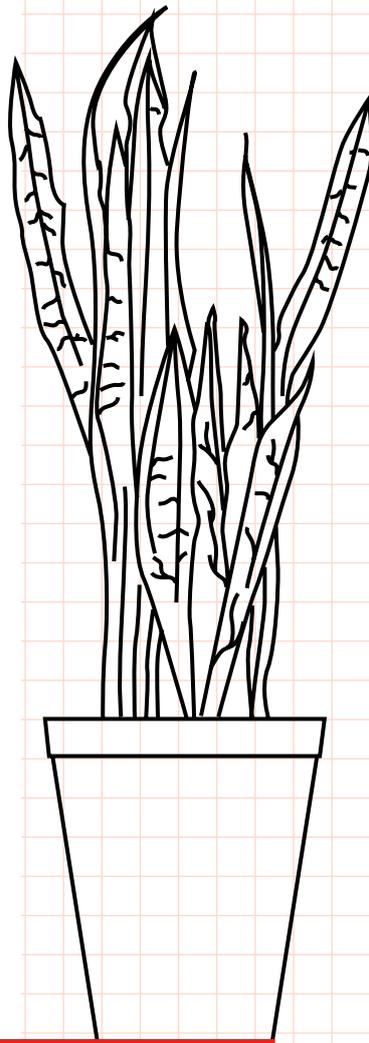
Grün **HANDELN.** Bunt genießen.

Bei REWE Bio genießen Sie mit über 450 Produkten Qualität und Natürlichkeit, denn unsere Produkte sind sorgfältig ausgesucht, kontrolliert und ohne unnötige Zusätze. Auch tragen immer mehr der Produkte das Naturland Zeichen für hohe biologische und soziale Standards. □



REWE
DEIN MARKT

Gemeinsam ist man weniger allein. Das gilt auch fürs Wohnen. Wer sich mit anderen die Miete teilt, spart nicht nur Geld, sondern lebt vielleicht auch glücklicher. Modelle gibt es viele.



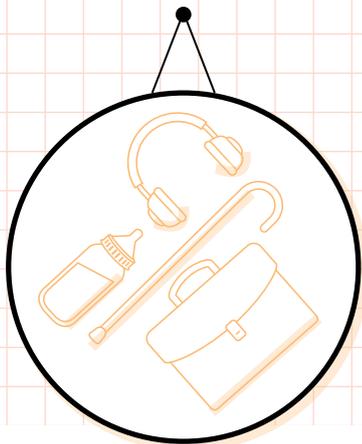
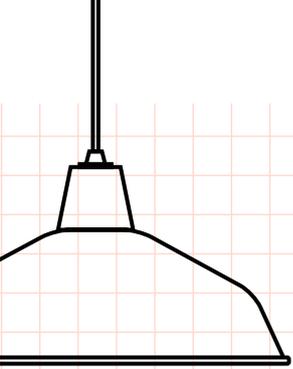
Wohngemeinschaften

Schon Sherlock Holmes und Dr. Watson taten es: Sie teilten sich eine Wohnung, obwohl sie nicht miteinander verwandt waren. Ein eigenes Zimmer, gemeinschaftliche Nutzung von Bad, Küche und Gemeinschaftsräumen: Was spätestens seit den 1970er-Jahren bei Studenten beliebt ist – da günstig und zweckmäßig –, liegt inzwischen bei ganz unterschiedlichen Personengruppen im Trend. Von „Plus-WGs“ zwischen älteren Menschen, die selbstständig und ohne externe Hilfe zusammenleben, über inklusive Wohngemeinschaften, in denen es Mitbewohner mit und ohne Behinderung gibt, bis zu „Pflege-WGs“, in denen Pflegebedürftige familiär zusammenwohnen und von externen Pflegekräften versorgt werden. Auch viele Pendler, die am Wochenende zurück nach Hause fahren, schätzen die Vorteile eines WG-Zimmers. Neben finanziellen Gründen ist für das Ja zur WG meist das Leben in der Gemeinschaft ausschlaggebend.

Besser gemeinschaftlich wohnen

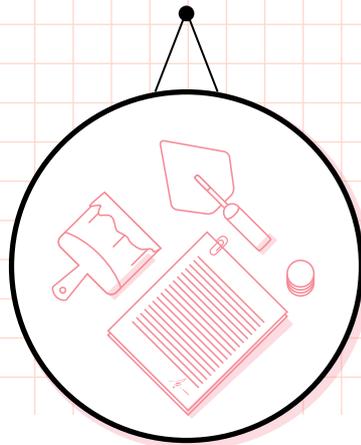
Text Stefanie Wulff

Illustrationen Gabriella Seemann



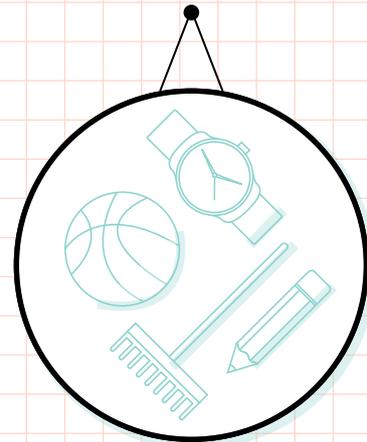
Mehrgenerationenwohnen

Heute ist es selten geworden, dass mehrere Generationen einer Familie gemeinsam unter einem Dach wohnen. Aber das Interesse daran steigt wieder. Das belegt die wachsende Zahl an generationsübergreifenden Wohnprojekten. Mehrgenerationenhäuser kommen diesem Trend entgegen. Hier leben Senioren zusammen mit Familien und Kindern, mit Singles, verheirateten und unverheirateten Paaren. Zwar hat jeder in seiner eigenen Wohnung die nötige Privatsphäre. Ziel ist aber, sich gemeinsam zu organisieren und gegenseitig zu helfen. Ein Beispiel für ein solches Projekt, das gleichzeitig inklusiv und nachhaltig gestaltet ist, ist die Amaryllis eG in Bonn.



Selbstverwaltete Häuser

Nach Angaben des Miethäuser-Syndikats gibt es bundesweit rund 120 selbstverwaltete Hausprojekte. Meistens versuchen örtliche Initiativen, leer stehende Häuser oder vermietete Objekte, die verkauft werden sollen, zu erwerben und gemeinschaftlich zu finanzieren. Neben dem politischen Statement gegen Immobilienspekulation geht es ums kreative Zusammenleben im eigenen Haus. Häufig gehören auch Räume für öffentliche Veranstaltungen, Kultur und Projekte zu einem selbstverwalteten Haus dazu. Das Miethäuser-Syndikat berät und unterstützt solche Projekte seit 1992. Bis 2017 konnte sich das Syndikat nach eigenen Angaben an Wohnprojekten mit über 2.800 Bewohnern beteiligen. Das kleinste Objekt ist ein Einfamilienhaus für sechs Personen, das größte sind vier Gebäude einer ehemaligen Kaserne mit 260 Bewohnern aller Altersstufen.



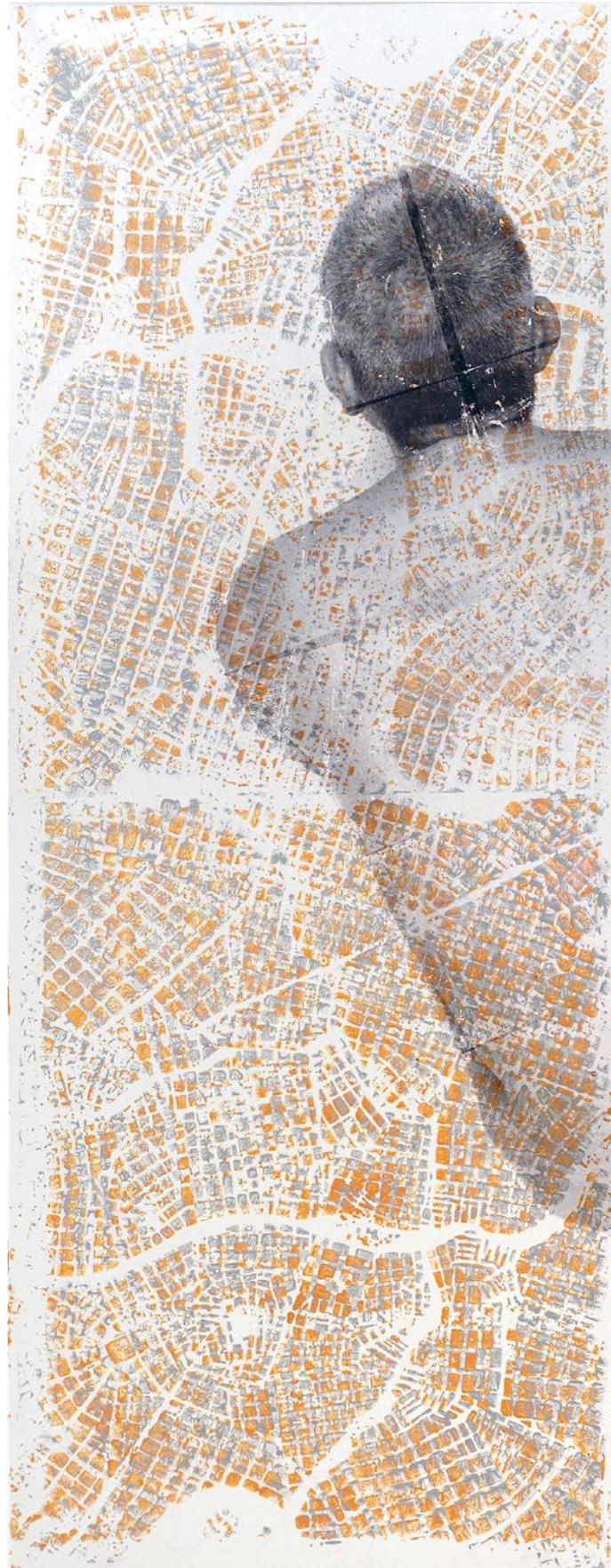
Hilfe gegen Wohnraum

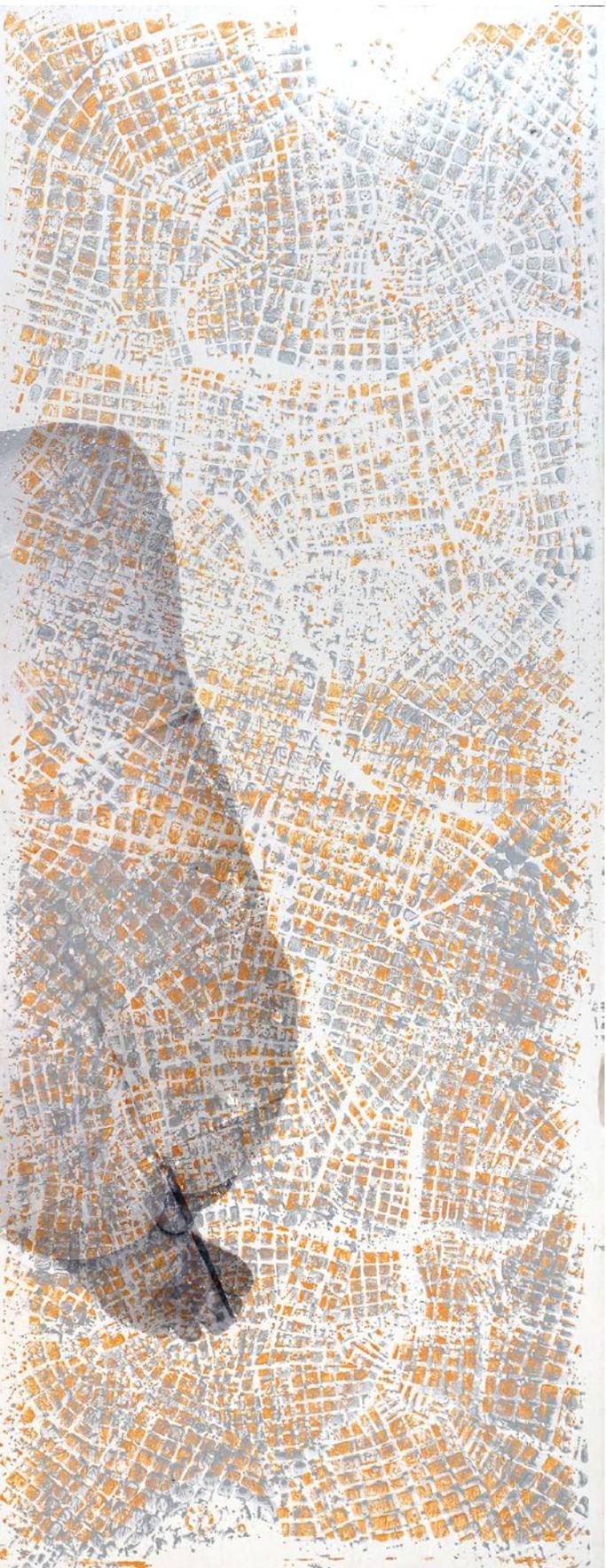
Ein Beispiel für diese Idee ist der Duisburger Verein „Tausche Bildung für Wohnen e.V.“ Er stellt im Stadtteil Marxloh kostenlosen Wohnraum für junge Bildungspaten zur Verfügung. Diese kümmern sich im Gegenzug intensiv um benachteiligte Kinder des Stadtteils. Aber nicht nur für Bildung, auch als Gegenleistung für Haushaltshilfe, Gartenpflege, Einkäufe, gemeinsame Spaziergänge und vieles mehr bieten manche Wohnungs- oder Hausbewohner kostenlosen oder günstigen Wohnraum an. In der Regel gilt die Faustregel: Pro Quadratmeter Wohnraum leistet der „Mieter“ eine Stunde Hilfe pro Monat. Stimmt die Chemie, ist das eine klassische Win-win-Situation – nicht nur für Studenten mit wenig Geld.

Torsten Holzapfel

Die Stadt und ich, 2015, Linoldruck
mit Acryl auf Leinwand/Transfer

Zeichnerisch und malerisch erarbeitet der 1965 geborene Berliner fiktive Landkarten, ergänzt kleinformatige Häuser und kombiniert die Ansichten häufig mit Fotos seines Körpers. Holzapfel, der seine Jugend in Psychatrien verbrachte, würde gern reisen und die Welt erkunden – das drücken seine Arbeiten aus.





Copyright nbw Nordberliner Werkgemeinschaft GmbH

Jugendarbeit heute

Junge Menschen haben starke, eigene Vorstellungen zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Und sie haben ganz eigene Probleme. Dr. Christian Lüders vom Deutschen Jugendinstitut schildert, vor welchen Herausforderungen die Jugendarbeit im urbanen Raum steht. — **Interview und Text** Miriam Moser

In den Städten gibt es sehr unterschiedliche Jugendkulturen und Gruppierungen. Wie sind die aktuellen Entwicklungen und wie passt sich die Jugendarbeit an?

Bei Jugendlichen in Städten beobachten wir seit längerem eine Ausdifferenzierung in unterschiedliche Szenen und Lebensformen. Neben den klassischen Formen von offener und verbandlicher Jugendarbeit sind in den letzten zehn Jahren verstärkt neue Angebotsstrukturen entstanden, die zwischen den Institutionen angesiedelt sind, beispielsweise verschiedene Varianten der Schulsozialarbeit, der Jugendsozialarbeit, der kulturellen Jugendarbeit oder die Erweiterung der mobilen Jugendarbeit. In Städten hat es also eine Ausdifferenzierung des Feldes mit neuen Mischformen gegeben.

Wo sehen Sie Herausforderungen in der städtischen Jugendarbeit?

Wir haben in den Städten massive Ungleichheiten. Es gibt „abgehängte“ Stadtteile mit jungen Menschen, die es erst mal deutlich schwerer haben, in der Gesellschaft Fuß zu fassen, als andere. Natürlich ist dort auch die Jugendarbeit eine andere. Es ist ja ein Unterschied, ob ich Jugendarbeit in Form einer Pfadfindergruppe in einem gutbürgerlichen Viertel betreibe, ehrenamtlich von einem fast Gleichaltrigen geleitet. Oder ob ich in einem Viertel mit einem hohen Anteil benachteiligter Jugendlicher lebe, wo es ein Freizeitheim mit mobilen Angeboten gibt, das von Fachkräften initiiert wird. Dort wird eine andere Jugendarbeit geleistet, beispielsweise in Form von Alltagsbegleitung oder zur beruflichen und gesellschaftli-

chen Integration. Das heißt, wir haben im urbanen Raum große soziale Spaltungen, große Differenzen und sehr unterschiedliche Angebote. In Städten ist die Jugendarbeit also sehr in Bewegung.

Heißt das, dass Jugendliche aus benachteiligten und gut situierten Stadtteilen gar nichts zusammen unternehmen?

Wenn sie sich nicht in bestimmten Szenen treffen, zum Beispiel bei Musik oder Sport, oder gemeinsame Interessen teilen, dürften – aufs Ganze gesehen – gemeinsame Aktivitäten zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Jugendlichen eher die Ausnahme sein.

Wie sieht es mit dem bildungspolitischen Aspekt in der städtischen Jugendarbeit aus?

Jugendarbeit in allen ihren Varianten ist zunächst immer ein Bildungsangebot. Dieses unterscheidet sich deutlich von den schulischen Bildungsformaten. Zugleich entsteht mit dem Ausbau ganztägiger schulischer Angebote ein neues Feld. Auf dem Gelände von Schulen entstehen neue Mischformen zwischen Ganztagschule und Jugendarbeit: Freizeitangebote, Förderangebote, Qualifizierungsangebote, AGs unterschiedlicher Art und so weiter. Dies bietet sich an, führt aber an bestimmten Stellen schnell an die Grenzen und zu einem Strukturwandel der Jugendarbeit – zum Beispiel im Bereich der weitgehend ehrenamtlich ermöglichten Jugendverbandsarbeit.

Was unterscheidet die Jugendarbeit in der Stadt von der auf dem Land?



Dr. Christian Lüders Der Erziehungswissenschaftler leitet seit 1994 die Abteilung Jugend und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts. Zudem ist er Mitglied in zahlreichen Gremien, so auch im vorbereitenden Ausschuss „Kinder- und Jugendhilfe“ der Aktion Mensch e.V. und Vorsitzender des Bayerischen Landjugendhilfeausschusses.

Da gibt es viele wichtige Unterschiede – zum Beispiel in Bezug auf die Breite und Vielfalt des Angebots, aber auch in Bezug auf die Nachfrage. Vor allem auf dem Land spüren wir die Folgen des demografischen Wandels. Dort leben immer weniger Jugendliche, sodass Angebote nicht mehr aufrechterhalten werden können. Zugleich sind wir in den Städten mit neuen Adressaten konfrontiert, zum Beispiel durch zugezogene Migranten oder Flüchtlinge, sodass wir auch die

Angebote der Jugendarbeit weiterentwickeln müssen.

Viele Herausforderungen also. Gleichzeitig klagen die Träger der Jugendarbeit über Fachkräftemangel.

Ja. Tatsache ist, dass wir in den Städten große Probleme haben, die Arbeitsplätze im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu besetzen. Und dabei ist die Kinder- und Jugendarbeit fast noch ein >

➤ privilegiertes Feld. In Bereichen, in denen es härter und konfliktträchtiger wird, wo auch Nachschichten notwendig sind, wo Mitarbeiter auch schwierige Entscheidungen treffen müssen – zum Beispiel im Kontext von Kindeswohlgefährdungen –, wo Multiproblemmkonstellationen nicht selten sind – dort haben wir besonders große Schwierigkeiten, die Stellen qualifiziert zu besetzen. Es gibt aber auch Probleme im Bereich der Kindertagesbetreuung.

Ist Jugendkriminalität ein typisches Stadtproblem?

Ja und nein. Jugenddelinquenz ist erst mal zu weiten Teilen ein alterstypisches Phänomen, das sich in der weit überwiegenden Zahl der Fälle auswächst. Das ist keine Verharmlosung von Kriminalität, sondern Faktum. Zugleich gilt, dass selbst wenn die Belastung von Jugenddelinquenz auf dem Land genauso hoch ist wie in der Stadt, haben wir es in der Stadt mit einer Verdichtung der Phänomene zu tun. Das hat auch Auswirkungen, wie sicher man sich selbst fühlt. Zugleich muss man zugeben, dass wir es in den Städten mit Problemen zu tun haben, die – auch in Bezug auf ihre Dichte und Heftigkeit – auf dem Land eher die Ausnahme darstellen.

Spricht die Jugendarbeit in Städten Jugendliche mit und ohne Behinderung gleichermaßen an?

Diese Frage kann man so gar nicht richtig beantworten. Man müsste sie nach Angebot, Art der Behinderung, Städten und so weiter differenzieren. Ich kenne viele offene Freizeiteinrichtungen, für die es ganz selbstverständlich ist, dass Jugendliche aus den benachbarten Förderschulen dort ihre Freizeit verbringen. Ebenso Jugendliche mit schlechtem Seh- oder Hörvermögen. Daraus aber zu schließen, dass Jugendliche mit Behinderung überall gleichberechtigt teilnehmen können, ist natürlich falsch.

Weshalb?

Nach wie vor gibt es eine Ausgrenzung, die von beiden Seiten ausgeht. Zum einen sind die Einrichtungen und Angebote nicht darauf eingestellt, alle Jugendlichen aufzunehmen. Aber es geht auch umgekehrt darum, dass beeinträchtigte Jugendliche ihre Einrichtungen nicht so leicht verlas-

sen. Zugleich halte ich es für eine sehr abstrakte und allgemeine Forderung. Wir machen uns zu wenig bewusst, welche unterschiedlichen Bedürfnisse existieren und welche Strukturänderungen die Einbeziehung voraussetzen würde. Mir wäre es lieb, wenn man die Forderung der Inklusion deutlich konkretisieren würde. Wenn man das tut, sieht man, dass einiges schon auf den Weg gebracht worden ist. Es ist ein Prozess, der angelaufen ist, der sich aber noch durchsetzen muss.

Wie sieht die Integrationsarbeit in Städten bezogen auf Jugendliche mit Migrationshintergrund aus?

Viele Jugendliche haben die erfreuliche Fähigkeit, sich selbst zu organisieren. Es muss ja nicht sein, dass alle Jugendlichen mit Migrationshintergründen in die öffentlichen Jugendeinrichtungen gehen. Wenn sie einen Ort haben, an dem sie sich treffen können, bin ich ganz zufrieden. Migrantenselbstorganisationen sind für mich ebenfalls integrative Angebote, einige werden öffentlich gefördert. Unabhängig davon ist die Jugendarbeit gefordert, allen Jugendlichen, die dies wünschen, Zugang zu den Angeboten zu eröffnen – was leichter formuliert als realisiert ist. In Städten bewegt sich aber einiges.

Wie sind die Perspektiven für die kommenden Generationen? Welche Probleme müssen angegangen werden?

Auf der einen Seite gilt es, jungen Menschen, die aus benachteiligenden und belastenden Konstellationen kommen, Chancen und Perspektiven zu eröffnen. Das ist eine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe und anderer Akteure. Auf der anderen Seite muss sie sich wie alle gesellschaftlich Handelnden der Frage stellen, wie sie auf die Verlängerung von Prozessen der Qualifizierung, Positionierung und Verselbstständigung antwortet. Sicher muss man nicht jedem 20-Jährigen eine sozialpädagogische Fachkraft zur Seite stellen. Aber der Bedarf an punktueller Unterstützung wächst. Es ist nicht überraschend, dass der Ausbau der Angebote für junge Volljährige sehr umstritten ist. Die einen befürworten sie, die anderen haben nicht zu Unrecht Sorge, dass die Kosten steigen.

„Wir sind mutig, wir sind stark!“

Mit anderen zusammen ein Instrument spielen zu lernen, eine eigene Band auf die Beine zu stellen, ein Video zu drehen und ins Netz zu stellen – mit solchen Angeboten trifft die Kulturwerkstatt in Reutlingen den Nerv ihrer Zielgruppe. Es sind Kinder und Jugendliche ab acht Jahren bis ins junge Erwachsenenalter hinein, besonders solche, die benachteiligt sind – sei es materiell, wegen ihrer Herkunft oder

wegen einer Behinderung. Seit der Gründung des Vereins vor über 30 Jahren haben über diesen Zugang die unterschiedlichsten Kinder und Jugendlichen ihren Platz in der Kulturwerkstatt gefunden. Beispielsweise in der

Musikwerkstatt des Vereins, wo sie – auch ohne eigenes Instrument und ohne Vorkenntnisse – alles Nötige erlernen können, um miteinander eine eigene Band zu gründen, ganz egal, ob als reine Girl- oder Boygroup oder gemischt. Auf diese Weise entdecken die Mädchen und Jungen ihr kreatives Potenzial und schaffen sich nicht nur eine musikalische, sondern oft auch eine emotionale Heimat. Ein Paradebeispiel dafür ist die inklusive Band „Soulhossas“, die bereits seit 17 Jahren besteht und mittlerweile weit über Reutlingen hinaus bekannt ist.

Aktuell steht die Integration geflüchteter Jugendlicher im Fokus. Musik ist ein starkes Medium, das Menschen verbindet und Begegnung ermöglicht. Deshalb wurde im Herbst 2016 das Projekt „Du klingst so gut“ initiiert. Zusammen mit dem Berufsschulzentrum Reutlingen wurden zwei Trommelgruppen ins Leben gerufen, unterstützt durch die Aktion Mensch. Gepróbt wird im schulischen

Musiksaal. Das Feedback ist toll. „Wir lachen viel“, „Es macht den Kopf frei und hilft zu vergessen“ oder „Es ist schön, neue Leute kennenzulernen und sich gegenseitig zu helfen“, sind Rückmeldungen, die die Gruppenleiter oft hören. Anfragen für erste Auftritte



gibt es bereits. Elf der Trommlerinnen und Trommler kommen inzwischen auch in die Musikwerkstatt des Vereins mitten in der Stadt. Als weitere Jungs- beziehungsweise Mädchenband üben sie dort Gitarre, Bass, Keyboard und Schlagzeug, bis die Finger schmerzen. Die Mädels haben bereits ihren ersten Songtext geschrieben. Er beginnt mit den Zeilen:

„Gib die Hoffnung nicht auf,
das Leben geht weiter Hand in Hand,
zusammen in 'nem neuen Land,
wir sind mutig, wir sind stark!“ —



—
Text Saskia Kaufhold

Aus der Zukunft lernen

Wie werden wir in der Stadt der Zukunft leben? Diese Frage beschäftigt seit jeher Autoren, Filmemacher und bildende Künstler. Ihre Arbeiten sind teils als Ideale zu verstehen, teils als Warnungen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat sich in einer Studie mit Stadtvisionen beschäftigt. Fünf Beispiele daraus.

„Science-Fiction ist ein Diskurs über die Welt der Gegenwart.“

Stephan Günthner, Leiter der Studie „Von Science-Fiction-Städten lernen“



CELLULES Modell von Absalon

• 1992–1993

Wohnungsmangel ist in urbanen Räumen zum Problem geworden. Der israelische Künstler Absalon entwarf schon vor über 20 Jahren Zellen (Cellules): blendend weiße, modellhafte Wohneinheiten, kaum mehr als neun Quadratmeter groß. Sie sollten auf zentralen Plätzen in Großstädten aufgestellt und bewohnt werden. Der Bewohner wäre nach Absalons Überzeugung mitten im Leben: Er würde Privates öffentlich in Szene setzen. Wie es sich in den spartanischen Zellen tatsächlich lebt, hat bisher niemand getestet. Es blieb beim Modell.

New-Babylon- Utopie Projekt von Constant

• 1959–1974

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele historische Bauten zerstört – oder man riss sie ab, um Altes hinter sich zu lassen. Es war Zeit für neue Visionen. Der niederländische Maler und Bildhauer Constant entwarf über mehrere Jahre hinweg das Modell einer Stadt, die sich über die gesamte Erdoberfläche erstreckt, deren Bewohner ständig in Bewegung sind und keinen festen Wohnsitz haben. Der Bezug zur Heimat, das Verwurzelte sein haben in diesem Modell eines lebendigen Beziehungsnetzes keine Bedeutung.



Ängste und Hoffnungen

Was gab den Anstoß für die Studie „Von Science-Fiction-Städten lernen“?

Ingenieurwissenschaftler untersuchen schon seit Langem Science-Fiction-Werke im Hinblick darauf, welche Ideen für technische Innovationen sie daraus ableiten können. Wir haben bei unserer Studie den Fokus auf die städtebaulichen und gesellschaftlichen Darstellungen in Science-Fiction-Werken gelegt.

Wie sind Sie und Ihr Team vorgegangen?

Wir haben Bücher, Comics, Modelle, Bilder und Filme gewählt, die einen städtischen Aspekt oder Stadtleben thematisieren und für die Analyse ein medienübergreifendes Raster entwickelt. Im Analyseteam waren Städteplaner und Architekten, Künstler und Literaturwissenschaftler.

Können wir aus Darstellungen von Science-Fiction-Städten lernen?

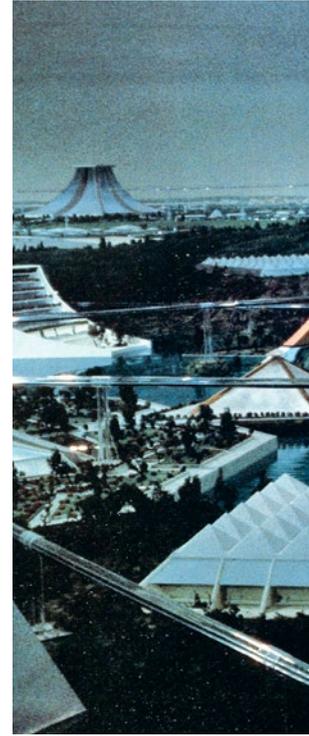
Jein. Science-Fiction ist ein Diskurs über die Welt der Gegenwart. Sie greift Tendenzen, Ängste, Hoffnungen auf und stellt sie übertrieben dar. Die Studie zeigt: Die Szenarien können den Werkzeugkasten der strategischen Planung ergänzen, als Inspirationsquelle und Planspielumgebung dienen für die Antwort auf die Frage: Was wäre, wenn? Und wir sehen: Es liegt an uns und unseren Entscheidungen, ob wir eine Utopie oder ihr negatives Gegenteil, eine Dystopie, Wirklichkeit werden lassen.

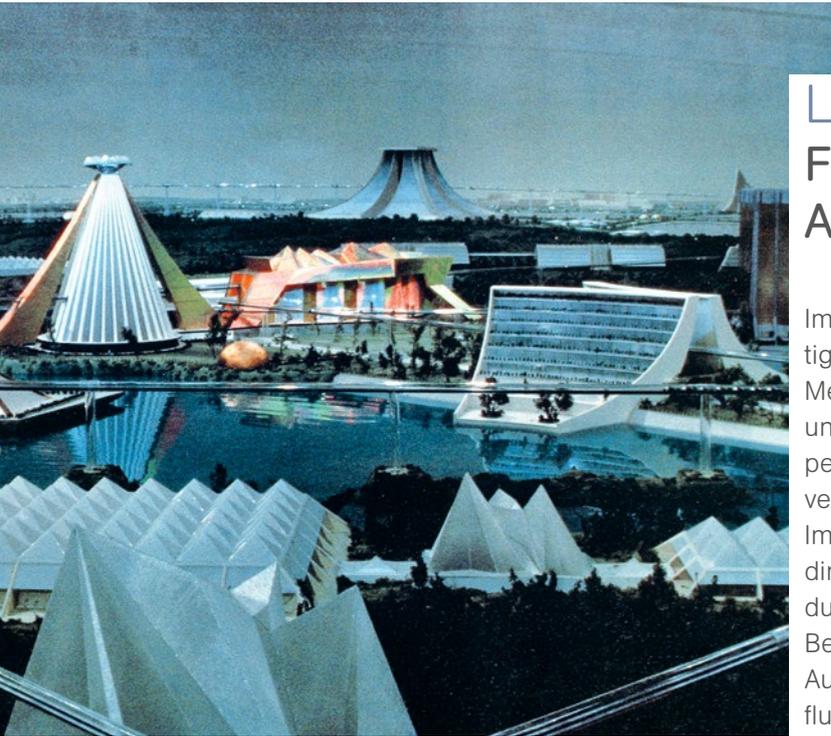
Stephan Günthner Der 42-Jährige ist Ingenieur und befasst sich am Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung mit Stadt- und Regionalplanung. Er leitete die Studie des Instituts, für die 53 Werke analysiert wurden.



Utopia Titelbild der ersten Ausgabe des literarischen Werks von Thomas Morus • 1516

Der englische Staatsmann Thomas Morus beschrieb die gesellschaftliche Ordnung eines erfundenen Inselreichs namens Utopia. Sie ist geprägt vom Gleichheits- und Gemeinschaftsgedanken. Privatbesitz gibt es nicht, Bildung ist allen zugänglich und die Macht liegt in den Händen des Volks. Eine Werbung für Aufklärung und Demokratie, lange vor der Französischen Revolution, und ein Gegenentwurf zum England zur Zeit von Morus. Das Werk gab dem Genre der literarischen Utopie seinen Namen.





Logan's Run Film von Michael Anderson • 1976

Im 23. Jahrhundert steuert ein allmächtiges Computersystem die Existenz der Menschen. Sie leben in einer Stadt unter der Erde, die von einer Glaskuppel umgeben ist, und führen dort ein vergnügungsorientiertes Singleleben. Im Alter von 30 Jahren werden sie allerdings vom System „erneuert“, also durch Neugeborene ersetzt, um das Bevölkerungswachstum zu verhindern. Außerhalb der Kuppel liegt die „Zuflucht“, das vergessene Gebiet auf der Erdoberfläche, wo sich die Natur ungehindert ausbreiten konnte. Die letzten dort verbliebenen Menschen leben und altern wie früher.

TV-Helm Objekt von Walter Pichler • 1967

Schützt dieser Helm? Kann ich noch sehen, wem oder was ich begegne? Walter Pichlers „tragbares Wohnzimmer“ steht für Isolation durch Medienkonsum: Es kapselt den Träger völlig ab, Medien können zu jeder Zeit und an jedem Ort konsumiert werden. Somit kann das Objekt auch als Vorreiter von Smartphones und Smartglasses eingeordnet werden. Walter Pichler stieß mit dem TV-Helm eine Diskussion an, die in den 1990er-Jahren zur Frage führte: Brauchen wir überhaupt noch öffentliche Räume, wenn wir uns immer mehr in Medien zurückziehen?



Mehr wissen

Hier finden Sie weitere Informationen, Adressen und Termine zu den Beiträgen im Heft.

Seite 6–7

Fakten

Alle Ergebnisse des Barrierebarometers 2017 gibt es unter: www.aktion-mensch.de/umfrage-barrierefreiheit

Seite 8–17

Städte im Aufbruch

– Das internationale Netzwerk Global Network on Disability Inclusive and Accessible Urban Development hatte sich im Vorfeld der Habitat-III-Konferenz 2016 in Ecuador gegründet, um Aspekte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Abschlusserklärung New Urban Agenda einzubringen. www.tinyurl.com/diaud

– Die New Urban Agenda steht in deutscher Übersetzung als Download bereit unter: www.habitat3.org/the-new-urban-agenda

– Gute Beispiele aus Städten weltweit, die Projekte zur Inklusion durchgeführt haben, gibt es in der Studie: United Nations Secretariat, Department for Economic and Social Affairs: „Good Practices of Accessible Urban Development – Making Urban Environments Inclusive and Fully Accessible to ALL“. Ein PDF der im Oktober

2016 veröffentlichten Publikation steht zum Downloaden bereit unter: www.tinyurl.com/urban-dev

– Informationen zu den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen mit Bezug zu Inklusion hat der Verein Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit zusammengestellt unter: www.agenda2030-inklusiv.de

– Einen deutschen Beitrag zur Vorbereitung der New Urban Agenda leistete auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) mit dem Gutachten „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“, erschienen 2016. Als Download und als Zusammenfassung verfügbar unter: www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2016-urbanisierung

– Ebenfalls vom WBGU herausgegeben ist ein 2016 erschienener Comic mit dem Titel „Der Urbane Planet – Wie Städte unsere Zukunft sichern“. Bestellung (kostenlos) und Download unter: www.wbgu.de/derurbaneplanet

– Informationen der Vereinten Nationen zu Menschen mit Behinderung weltweit gibt es unter: www.un.org/development/desa/disabilities

– Der Deutsche Behindertenrat hat zusammen mit dem Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe das Positionspapier „Die Umsetzung der globalen 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung inklusiv umsetzen“ herausgegeben: www.deutscher-behindertenrat.de/ID180876

Seite 18–19

Stadtbild

Tanja Geiss ist Künstlerin im Kunsthaus KAT18: www.kunsthaukat18.de

Seite 20–21

Access City Award

Die Ergebnisse des Access City Award 2017 und der Vorjahre sind einzusehen unter: <http://ec.europa.eu/social/accesscityaward>
Zu allen prämierten Städten gibt es einminütige Videos in englischer Sprache auf YouTube.

Seite 24–29

Stadtluft macht frei

– Infos zu Foodsharing unter: www.foodsharing.de

– Die Webseite der machBar ist erreichbar unter: www.machbar-potsdam.de

– Die nächste Pride Parade Berlin findet statt am 15. Juli 2017. Infos, auch in Leichter Sprache, unter: www.pride-parade.de

Seite 30–33

Tüchtig für den ersten Arbeitsmarkt

— Auf der Website der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen gibt es Informationen zu rund 850 Integrationsunternehmen in Deutschland: www.bag-if.de

— Infos zu den im Beitrag genannten Projekten gibt es unter:

www.tuechtig-berlin.de/tuechtig

www.mehrzuverdienst.de

www.kompetanzbremen.de

www.das-jobspeeddating.koeln

— Das Inklusionsbarometer Arbeit fußt auf fortlaufenden Studien zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Seit 2013 bringt es die Aktion Mensch gemeinsam mit dem Handelsblatt Research Institute alljährlich im November heraus. www.aktion-mensch.de/themen-informieren-und-diskutieren/arbeit/inklusionsbarometer.html

Seite 34–37

Arm, aber inklusiv

— Detaillierte Informationen zu den Förderprogrammen „IKK und Barrierearme Stadt“ und „Altersgerecht umbauen“ der KfW-Bank finden sich auf den folgenden Webseiten:

www.tinyurl.com/ikkbarrierearmestadt

www.tinyurl.com/altersgerecht

— Die „Förderdatenbank“ fasst Informationen über die Förderprogramme und Finanzhilfen der Länder, des

Bundes und der EU zusammen:

www.foerderdatenbank.de

— Hintergrundinformationen zu den Fördermitteln von Ländern, Bund und Europäischer Union sowie Hinweise für einen erfolgreichen Antrag auf Finanzhilfen gibt es unter: www.tinyurl.com/projektfinanzierung

— Wie Kommunen die Förderprogramme der Europäischen Union optimal für sich nutzen können, wird im Internetportal Engagement Global erklärt: www.tinyurl.com/engagement-global

Seite 38–55

Auf dem Weg

Mit der Initiative Kommune inklusiv unterstützt die Aktion Mensch fünf Kommunen dabei, langfristig inklusive Lebensumfelder zu gestalten. Ausführliche Informationen über das Projekt, die beteiligten Kommunen und Personen gibt es online unter: www.aktion-mensch.de/kommune-inklusive

Seite 56–57

Stadtbild

Der britische Künstler Stephen Wiltshire lebt und arbeitet in London. Informationen über sein Werk und sein Leben gibt es online in englischer Sprache unter: www.stephenwiltshire.co.uk

Seite 58–61

Hallo, Nachbar!

— Einen tieferen Einblick in die Arbeit der verschiedenen Nachbarschaftsprojekte bieten die folgenden Websites:

www.himmelbeet.de

www.ueberdentellerrandkochen.de

www.zuhause-leben-ev.org/wir-machen-stuttgart-bunter

www.netzwerk-nachbarschaft.net

www.dieurbanisten.de

— Literaturtipp: Prof. Dr. Gerald Hüther, einer der bekanntesten Hirnforscher Deutschlands, betrachtet die Kommune als zentralen Lernort für das menschliche Zusammenleben. In seinem Buch „Kommunale Intelligenz: Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden“ zeigt Hüther, warum und wie dieser entscheidende Erfahrungsraum wiederbelebt werden muss, damit die Menschen, die hier leben, ihre Begabungen und Talente erkennen und ihr Potenzial entfalten können. „Kommunale Intelligenz: Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden“ von Gerald Hüther, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2013. ISBN: 978-3896840981, 12 Euro

Seite 62–64

Raus in die Metropole

Literaturtipp: Wie müssen sich Strukturen der Behindertenhilfe im Bereich Wohnen weiterentwickeln, um den Anforderungen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung gerecht zu werden? Dieser Frage sind Prof. Dr. Monika Seifert und ihr Team im Rahmen der

„Kundenstudie“ in ausgewählten Berliner Bezirken nachgegangen. Der Forschungsbericht gibt vielfältige Impulse, wie Städte als lernendes System sich der Vision einer inklusiven Stadt annähern können.

„Kundenstudie – Bedarf an Dienstleistungen zur Unterstützung des Wohnens von Menschen mit Behinderung“ von Monika Seifert, Rhombos-Verlag, Berlin 2010. ISBN 978-3-941216-28-0, 35 Euro

Seite 66–71

Bürger machen Stadt

— Beim Verein Deutscher Ingenieure gibt es seit Herbst 2015 den Ausschuss „Barrierefreie Lebensräume“. Ziel seiner Arbeit ist eine interdisziplinäre Gremienarbeit, die dem Thema Barrierefreiheit in seinem politischen, planerischen und technischen Umfeld innovative Impulse verleiht.

www.tinyurl.com/vdi-ausschuss

— Das Deutsche Institut für Urbanistik gibt auf seinen Webseiten einen Überblick über wichtige Aspekte der Inklusion in der Stadtentwicklung.

www.tinyurl.com/quartier-inklusiv

— Wie können sich Bürger ganz konkret an Planungsprozessen beteiligen und die Entwicklung ihrer Kommune aktiv mitgestalten? Antworten auf diese Fragen, Handlungsleitfäden und Praxisbeispiele gibt es unter:

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

www.mehr-demokratie.de

www.buergergesellschaft.de

Seite 78–80

Essay über Wohnungspolitik

— In seinem Forderungskatalog versammelt der Deutsche Mieterbund Infos zum bezahlbaren und barrierefreien Wohnen und macht der Politik konkrete Vorschläge:

www.mieterbund.de/politik/dmb-forderungen.html

— „Nullbarriere.de“ berichtet über den Bedarf an barrierefreien Wohnungen:

www.tinyurl.com/nullbarriere-wohnung

— Ein Text des „Tagesspiegel“ zum sozialen Wohnungsbau in Wien zeigt, dass ein flächendeckend günstiger Wohnraum für alle möglich ist und Spaß machen kann:

www.tinyurl.com/mieterparadies-wien

Seite 82–83

Besser gemeinschaftlich wohnen

— Das Mietshäuser-Syndikat berät und unterstützt selbstverwaltete Hausprojekte. www.syndikat.org

— Der Verein „Tausche Bildung für Wohnen e.V.“ stellt in Duisburg-Marxloh kostenlosen Wohnraum für junge Bildungspaten zur Verfügung.

www.tbfw-marxloh.org

— Informationen und Kontaktadressen zum Thema „Wohnen für Hilfe“ gibt es unter: www.wohnenfuerhilfe.info

— Die Stiftung trias Hattingen unterstützt interessierte Menschen auf dem Weg zu Neugründungen alternativer

Wohnformen.

www.wohnprojekte-portal.de

— Das Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. ist ein überregionaler Zusammenschluss von Menschen und Organisationen mit Interesse an selbst organisierten und gemeinschaftlichen Wohnprojekten.

www.fgw-ev.de

— Das Motto der Montag Stiftung Urbane Räume lautet „Chancengerechtigkeit vor Ort gestalten“. Die Stiftung engagiert sich für mehr Gemeinwohlorientierung in der Quartiersentwicklung und der Entwicklung von Immobilien von vielen für viele.

www.montag-stiftungen.de/urbane-raeume

Seite 84–85

Stadtbild

Torsten Holzapfel arbeitet seit 1998 in der Thikwa-Werkstatt für Theater und Kunst in Berlin. Er wird auch durch die Galerie Art Cru vertreten.

www.thikwa.de

www.art-cru.de

Seite 86–89

Jugendarbeit heute

— Das Deutsche Jugendinstitut erforscht die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder sowie Kommunen und liefert Impulse für die Fachpraxis: www.dji.de

— Der „15. Kinder- und Jugendbericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“ (2017) steht zum Download zur Verfügung unter: www.tinyurl.com/jugend2017

— Mehr zur Kulturwerkstatt Reutlingen gibt es unter: www.kulturwerkstatt.de

— Die Aktion Mensch fördert Projekte der Kinder- und Jugendhilfe. Welche Fördermöglichkeiten es gibt, erfahren Sie unter: www.aktion-mensch.de/projekte-engagieren-und-foerdern/foerderung/foerderprogramme.html

— Das Forschungsprojekt „Jugend. Stadt.Labor“ erprobte im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung Beteiligungsstrukturen für junge Menschen, die selbstorganisiert über ihre Städte diskutieren und diese aktiv mitgestalten möchten. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in der Broschüre „Jugend.Stadt.Labor – Wie junge Menschen Stadt gestalten“. Sie ist kostenfrei erhältlich bei: silvia.wicharz@bbr.bund.de (Stichwort: Jugend.Stadt.Labor) oder als barrierefreies PDF abrufbar unter: www.tinyurl.com/pdf-abruf

Seite 90–93

Aus der Zukunft lernen

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat sich in der Studie „Von Science-Fiction-Städten lernen“ mit Zukunftsvorstellungen von Städten in Film und Literatur beschäftigt. Sie ist kostenfrei erhältlich bei: gabriele.bohm@bbr.bund.de

Impressum

Menschen. Inklusiv leben. **Herausgeber** Aktion Mensch. **Redaktion Aktion Mensch** Astrid Eichstedt (Text), Robert Fechner (stellv. Chefredakteur), Sabine Huth (Art-Direktion), Christina Marx (Chefredakteurin, V.i.S.d.P.), Sandra Vukovic (Textchefin), Stefanie Wulff (Text). **Redaktion und Grafik muehlhausmoers corporate communications** Cornelia Baddack (Lektorat), Henrike Doerr (Lektorat), Anja-Martina Hamann (Kreativ-Direktion), Saskia Kaufhold (Text), Dagmar Puh (Projektleitung, Text und Redaktion), Beate Schwarz (Text und Redaktion), Gabriella Seemann (Art-Direktion), Jan Steinhauer (Bildredaktion), Jörn Plenz (Produktion), Elke Weidenstraß (Lektorat), Elisabeth Wicher (Text). **Freie Mitarbeiter** Text: Christina Nerea Burger, Timour Chafik, Rosa Grewe, Rebecca Maskos, Miriam Moser. Foto und Illustration: Fritz Beck, Timour Chafik, Espen Eichhöfer, Annette Hauschild, Elisabeth Moch, Christoph Püschner, Thilo Schmülgen, Marina Rosa Weigl. **Titelbild** Good Vibrations Images/stocksy. **Anschrift der Redaktion** Aktion Mensch, Heinemannstraße 36, 53175 Bonn, E-Mail: magazin@aktion-mensch.de, Telefon: 0228 20 92-361.

Leser-/Abonentenservice Telefon: 0228 20 92-381 oder -366, E-Mail: magazin@aktion-mensch.de.

Anzeigen und Kooperationen muehlhausmoers, Beate Schwarz, Moltkestraße 123–131, 50674 Köln, Telefon: 0221 95 15 33-31, E-Mail: b.schwarz@muehlhausmoers.com. **Druck** druckpartner, Essen.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers vervielfältigt oder verbreitet werden.

Für eine bessere Lesbarkeit verwenden wir in den Texten nur die männliche Form. Die weibliche Form ist immer eingeschlossen.



#2 – 2017

Nächste Ausgabe: Landleben

Idyllisch, frei und nah an der Natur. Den Traum vom Landleben träumen viele. Wie sieht die Realität aus – gerade für diejenigen, die in ihrem Alltag Unterstützung brauchen? Wie steht es um die Gemeinschaft auf dem Land? In der zweiten Ausgabe dieses Jahres, die Anfang Dezember erscheint, nimmt „Menschen“ Inklusion abseits der Städte unter die Lupe.

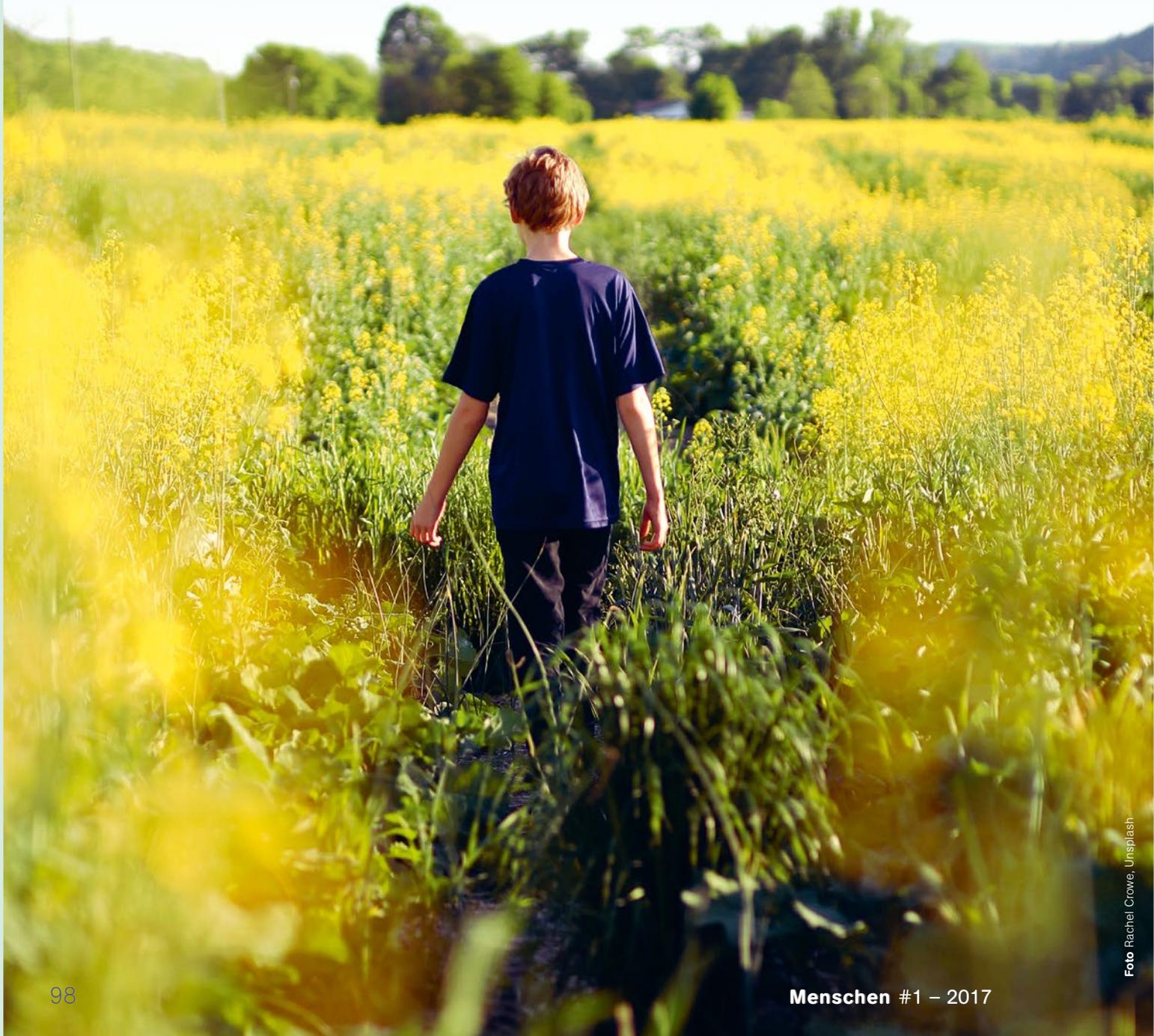


Foto Rachel Crowe, Unsplash



Ruhestand mit 40?

Hab ich mir mit guten Taten verdient.

Mit dem Glücks-Los bis zu 2 Millionen* gewinnen und dabei soziale Projekte unterstützen. Lose unter www.aktion-mensch.de

Lotterieveranstalter ist die Aktion Mensch e.V., Heinemannstr. 36, 53175 Bonn, AG Mainz, VR 902, vertreten durch den Vorstand Armin v. Buttler. Es gelten die von der staatlichen Lottereaufsicht genehmigten Lotteriebestimmungen. Wenn Sie uns den ausgefüllten Losvordruck zusenden, erhalten Sie von uns ein Bestätigungsschreiben über das Zustandekommen des Lotterievertrages. Den Lospreis buchen wir monatlich von Ihrem Konto ab. Die Teilnahme Ihres Loses an der Lotterie erfolgt

für einen Monat und verlängert sich monatlich jeweils um einen weiteren Monat, bis Sie der Verlängerung widersprechen. Die Lotteriebestimmungen erhalten Sie auf telefonische Anforderung (Tel.: 0228 2092-400) kostenlos per Post oder auf www.aktion-mensch.de. Sie müssen mindestens 18 Jahre alt sein, um ein Los kaufen zu dürfen.

*Die Gewinnwahrscheinlichkeit für den Höchstgewinn pro Gewinnkategorie beträgt 1:2,5 Mio., die für das Zusatzspiel beträgt 1:25.000.

Los weg? Neue Chance unter:
www.aktion-mensch.de



**AKTION
MENSCH**

➔ Jetzt mitspielen: www.aktion-mensch.de

DAS WIR GEWINNT

Engagierte gesucht

Sie wollen sich für eine inklusive Gesellschaft engagieren?
Ideen für Ihr freiwilliges Engagement finden Sie unter
www.freiwilligendatenbank.de



DAS WIR GEWINNT

Aktion
Mensch